

Basler Liberale Nachrichten

UNABHÄNGIGE INFORMATIONSPLATTFORM - STIMMEN VON LINKS BIS RECHTS AUS DEM ZENTRUM EUROPAS

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

HINTERGRUNDINFORMATIONEN AUS GESELLSCHAFT, KULTUR, WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT

6. Jahrgang Nummer 2/52

Basel, 15. Januar 2017



Manipulation der Meinungsfreiheit

Das neue Handwerkszeug der Regierungen, unliebsame Meinungen zu kriminalisieren

USA

Aktuell weltweit
kein einziger
US-Flugzeugträger
unterwegs
Zu grosser Militärapparat?

Thema Fake News

„Krieg gegen den Terror“
ist simultan
auch ein Krieg
gegen
die Wahrheitsfindung

Thema Fake News

IFCN - Wie Soros
und andere Verdächtige
die Fake News-Kampagne
langfristig vorbereitet
haben

Inhalt

Editorial

- US-Kriegsschiffe in Nordsee und Mittelmeer
- Weshalb die meisten Regierungen ihre Flüchtlinge nicht zurück haben wollen

Presseschau

EU: Junckers dunkler Schatten

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wird erneut mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Neue Papiere, die vom britischen „Guardian“ in Zusammenarbeit mit einem Konsortium investigativer Journalisten veröffentlicht wurden, belegen nämlich, dass Luxemburg in jener Zeit systematisch Versuche in der EU blockierte, verzögerte oder hintertrieb, die gegen unfaire Steuertricks ergriffen werden sollten.

Kommentar aus Russland

Deutschland im Wahn ...

Sieht man in den letzten Tagen deutsches Fernsehen, klingt es nach einem Land im Ausnahmezustand. Deutschland muss sich vor einer fremden Macht schützen, insbesondere vor einem zwar fernen, doch hinterlistigem und brutalem Führer, so tönt es von allen Organen der Macht.

Finanzen

PayPal -Dreiecksbetrug: so funktioniert die Masche

Die neue Masche, die über den Bezahl-Dienst PayPal abgewickelt wird, ist gut ausgedacht. Sie stellen ein Produkt für einen beliebigen Wert (im Beispiel 100 Euro) im Internet ein. Der „Dieb“ kauft Ihren Gegenstand.

Titelgeschichte Thema Fake News

Fake News - Das neue Handwerkszeug der Regierungen unliebsame Meinungen zu kriminalisierens

Fake News gehören nicht erst seit Bismarcks Reptilienfond zu den staatlichen Propagandainstrumenten. Mit ihm finanzierte der deutsche Kanzler eine Medienkampagne zur Vorbereitung auf den deutsch-französischen Krieg 1871.

Inhalt

Thema Fake News

Fake-News sind okay, wenn es um Russland geht...

Im Jahr 2016 hat es sich gut etabliert, dass an den meisten Dingen, die auf der Welt schief laufen, Russlands schuld ist. Vergangene Woche jedoch hat die Washington Post beschlossen, das Jahr mit einem großen anti-russischen Knall abzuschließen, der jedoch nur heiße Luft entließ.

Thema Fake News

Fake-News und Real-News - Löscht Facebook in Deutschland türkeikritische Inhalte?

Die intransparente Löschraxis von Facebook in Deutschland trifft offenbar zunehmend auch Kritiker der türkischen Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan. Schon zum zweiten Mal binnen weniger Wochen hat Facebook das Konto des Münchener Kommunikationswissenschaftlers und Erdogan-Kritikers Kerem Schamberger gesperrt[

Thema Fake News

Landgericht Berlin verbietet Deutschland-Radio Verbreitung von Falschmeldung

Das Deutschlandradio hat ein Zitat über die Deutschen Wirtschafts Nachrichten gefälscht. Das Landgericht Berlin verbietet dem Sender nun die Verbreitung der „Fake News“

Thema Fake News

Die Washington-Post-Liste: Der Krieg des Westens gegen die Wahrheit

Der „Krieg gegen den Terror“ ist simultan auch mit einem Krieg gegen die Wahrheitsfindung einhergegangen. Nach fünfzehn Jahren – beginnend bei 9/11 über „Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen“ und dessen „al-Qaida-Verbindungen“ bis hin zu „iranischen Atomwaffen“, „Assads Einsatz von Chemiewaffen“, schier endlosen Lügen über Gadaffi sowie eine „russische Invasion in der Ukraine“ – halten es die Regierungen der so genannten westlichen Demokratien für unabdingbar, sich in immer größeren Lügenverstrickungen zu verhaspeln.

Thema Fake News

Die „Fake News“-Hysterie und der neue „vormundschaftliche Staat“

Weil das deutsche Establishment die Deutungshoheit über Nachrichten und Informationen bereits weitestgehend verloren hat, wollen Politiker jetzt einen Straftatbestand für sogenannte „Desinformation“ im Internet einführen. Was harmlos klingt, ist in Wirklichkeit der nächste große Schritt Richtung totalitärer Merkel-Diktatur.

Inhalt

USA

Aktuell weltweit kein einziger US-Flugzeugträger unterwegs

Weltweit wird, bedingt durch die derzeitigen Umstände, für die Dauer etwa einer Woche kein einziger US-Flugzeugträger die Meere durchkreuzen.

Nach hunderten Einsätzen gegen den so genannten Islamischen Staat im Nahen Osten, kehrte die Dwight D. Eisenhower am 30. Dezember nach Norfolk im US-Bundesstaat Virginia zurück.

Russland

Rüstung von Heer, Luftwaffe und Marine

Präsident Donald Trump machen Sie Frieden mit Russland!

Bei einem Krieg werden auch die Nato-Staaten zu Schutt und Asche zerfallen, und zum ersten mal werden auch Amerikaner erleben, was es heißt, in anderen Ländern Krieg zu spielen. Dann werden sie mit ansehen, wie ihre Städte durch A-Bomben vernichtet werden und wie Hunderttausende Zivilisten sterben.

[BLN-Team](#)

[BLN-Links](#)

[BLN-Impressum](#)

Editorial

- US-Kriegsschiffe in Nordsee und Mittelmeer
- Weshalb die meisten Regierungen ihre Flüchtlinge nicht zurück haben wollen

Von Roland Keller / Herausgeber



Wenn US-Kriegsschiffe im Mittelmeer oder im Schwarzen Meer kreuzen, ist es schon beunruhigend.

Wir werden ja von den freien USA, den Kämpfern für Recht und Frieden, beschützt.

Als kurz vor der Vereidigung des neuen Überraschungs-Präsidenten Donald Trump, der letzte Flugzeugträger „Dwight D. Eisenhower“ am 30. Dezember nach Norfolk im US-Bundesstaat Virginia zurückbeordert wurde, könnte dies sehr beunruhigend sein. Dann werden wir weniger beschützt. Oder?

Die „Besorgtheit“ der Repräsentanten der US-Marine zeigt deutlich, dass das

Land gespalten ist. Während die Marine ihre Schiffe zurückholt, spricht der militärisch-geheimdienstliche Apparat davon, dass Russland, China, Nordkorea, der Iran und der IS Bedrohungen für die Sicherheit der USA sind!

Keines der Länder grenzt an Amerika, allerdings sind die Destabilisierungsbemühungen in diesen Ländern durch die USA bekannt. Wie das aussieht, sehen wir in Nordafrika und Syrien.

Die NATO-Partner sehen das mit gemischten Gefühlen. Für einen echten Protest oder eine qualifizierte Meinung fehlt den Führungschargen allerdings die Courage.

Mit Grausen sehen die westlichen Alliierten ein weiteres Problem. Die USA sind massiv überschuldet. Abgesehen von den wirtschaftlichen Problemen kommt das weltweit überdehnte Militärsystem hinzu. Wer sich 800 US-Basen weltweit leistet, hält dies, ohne die Dollar-Prese auf Hochtouren laufen zu lassen, kaum durch. Ob technische Probleme, schlechte Organisation und Wartung als Folgen der Geldknappheit

der wirkliche Grund für den Rückzug der US-Kriegsschiffe sind, werden wir sicher bald lernen.

Ein Grund des Rückrufs der Schiffe, dem Rückgrat der Verteidigungs- und Angriffsstrategie der USA, wird auch die Unsicherheit des Militärs über die künftige Handlungsstrategie Trumps sein.

Er wird das Land wie einen Konzern führen und dies ist aus der Not heraus angesichts der leeren Kassen.

Amerika muss sparen und investieren. Wie Trump aus dieser Zwangslage heraus kommt, werden wir sehen.

In seinen Unternehmen hat er das mehrmals erfolgreich vorgeführt.

Einen zu Staat sanieren ist eine andere Sache. Ob dies die Militärs und die dahinter stehende Militärindustrie (Industriell-Militärischer Komplex) ebenfalls wollen, ist eine andere Frage.

Wenn sich dieses Kartell bedroht fühlt, könnte es gegen Trump vorgehen.

Die verdienten Generäle in seiner neuen Regierung sind ein deutlicher Fingerzeig.

Ein weiterer Grund könnte aber auch darin bestehen, durch den Rückzug ein Vakuum vorzutäuschen, das voreilige Mächte verführen könnte, hier einzurücken.

Dann könnte die „Friedensmacht“ USA wieder, wie in den Weltkriegen I und II für „Ordnung“ sorgen. Die Geschäfte würden wie damals wieder laufen, die Kredite fließen und die US-Wirtschaft wäre wieder einmal gerettet. Ob die globalisierte Finanzwelt solch ein Spiel mittragen würde ist fraglich, auch wenn Kriege die Geldquellen sprudeln lassen. Weder Trump noch seine Wähler würden solch eine Entwicklung tragen.

Weshalb die meisten Regierungen ihre Flüchtlinge nicht zurück haben wollen

Anlässlich einer Kundgebung in Tunis demonstrierten etwa tausend Bürger vehement gegen den Rücktransport islamistischer und krimineller Flüchtlinge. Sie skandierten Parolen wie: „Keine Rückkehr, keine Freiheit für grausame Banden“. Davon sollen gemäss der tunesischen Regierung 800 bereits zurückgekehrt sein. Rund dreitausend Tunesier aller Couleur militanten Islams und krimineller Banden sollen in Libyen, Syrien und dem Irak und nun leider auch in Europa ihr Unwesen treiben.

Warum wohl will niemand diese gottesfürchtigen Krieger? Weil die Staaten ihre Kriminellen schon zu Beginn der

Flüchtlingswelle dringend los werden wollten und dies auch erfolgreich getan haben.

Nur in den europäischen Regierungen ist man so naiv an den rein humanitär begründeten Flüchtlingstreck zu glauben.

Dabei wäre es so einfach eine Kontrolle durchzuführen: Wer einen Pass besitzt kann in ein Lager eingewiesen werden – wer keinen hat wird sofort zurückgeschickt. Familien sind davon ausgenommen – falls es sich um solche handelt. Diese haben in der Regel auch ihre Pässe behalten.

Flüchtlinge, überwiegend junge, starke Männer, wanderten zumeist nicht als „arme Leute“ ein, sondern konnten mindestens 10 000.- US\$ für ihre Reise organisieren.

Pass verlieren, aber Handy behalten, geht nicht.

Pass wiederfinden, wenn es darum geht, beim Gastland die Hand aufzuhalten und staatliche Zuwendungen zu kassieren – geht eben so wenig.

Die Dummen, sind die echten Flüchtlinge, welche unserer Hilfe bedürfen. Die Überlastung der staatlichen Systeme ist vorprogrammiert.

Darum muss dringend gehandelt werden, um um Unrecht gegenüber wirklich Bedürftigen zu vermeiden

Mit irgendwelchem sentimentalen Gutmenschengeschwafel wird man weder den berechtigten Asylbegehren, noch den mitschwimmenden Krimi-

nellen und Terroristen erfolgreich begegnen können.

Presseschau

EU: Junckers dunkler Schatten

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wird erneut mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Neue Papiere, die vom britischen „Guardian“ in Zusammenarbeit mit einem Konsortium investigativer Journalisten veröffentlicht wurden, belegen nämlich, dass Luxemburg in jener Zeit systematisch Versuche in der EU blockierte, verzögerte oder hintertrieb, die gegen unfaire Steuertricks ergriffen werden sollten.



Brüssel/Wien. Zum wiederholten Male holt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine Vergangenheit als Luxemburger Ministerpräsident und Finanzminister ein. Auch wenn sich die von ihm geleitete Brüssler Behörde mittlerweile dem Kampf gegen Steuerdeals und Steuervermeidung großer Konzerne annimmt, als Politiker seines eigenen Landes hatte er dies auf EU-Ebene noch sabotiert. Neue Papiere, die vom britischen „Guardian“ in Zusammenarbeit mit einem Konsortium investigativer Journalisten veröffentlicht wurden, belegen nämlich,

dass Luxemburg in jener Zeit systematisch Versuche in der EU blockierte, verzögerte oder hintertrieb, die gegen unfaire Steuertricks ergriffen werden sollten.

Behauptungen, erst LuxLeaks habe 2014 die Steuerpraktiken der Luxemburger Regierung mit Konzernen wie Fiat, McDonald's oder Ikea ans Licht gebracht, sind falsch: Den EU-Regierungen müssen einige Deals, mit denen große Unternehmen angelockt wurden, bekannt gewesen sein. In einer eigenen Arbeitsgruppe in Brüssel (Code of con-

duct group on business taxation), so wird nun durch die neuen Enthüllungen belegt, gab es bereits mehrere Vorstöße für einen fairen Steuerwettbewerb. Es wurde beispielsweise gefordert, dass jedes EU-Land die Steuerdeals, die es Großunternehmen gewährt, offenlegt. Es wurden Untersuchungen über das grenzüberschreitende Verschieben von Unternehmensgewinnen zur Steuervermeidung angeregt. Doch die Luxemburger Regierung, damals unter Ministerpräsident Juncker, verhinderte jegliches gemeinsame Vorgehen.

Das kleine Mitgliedsland wehrte sich trickreich, wie der „Guardian“ auch mit Zitaten von beteiligten Diplomaten untermauert, gegen die Auflösung oder Behinderung seines Geschäftsmodells. Laut LuxLeaks wurden von Luxemburger Steuerbehörden zwischen 2002 und 2010 insgesamt 343 Abkommen mit internationalen Konzernen geschlossen, die dann statt der gesetzlichen Unternehmenssteuer lediglich symbolische Beträge von oft weniger als einem Prozent ihres Gewinns an den Fiskus abliefern mussten.

Juncker war zwischen 1995 und 2013 Premierminister und für die Position seines Landes in der Arbeitsgruppe verantwortlich. Frühere Mitglieder der Arbeitsgruppe bestätigten, dass Junckers Vertreter meist unter jenen waren, die Strategien gegen aggressive Steuerermeidung und gegen eine Verzerrung des Wettbewerbs verhinderten. Es sei fast unmöglich gewesen, etwas gemeinsam voranzubringen, da jedes Land die Möglichkeit hatte, eine gemeinsame Initiative zu blockieren. Selbst Deutschland und Frankreich hätten sich an Luxemburg die Zähne ausgebissen.

Kein Kommentar aus Brüssel

Junckers Sprecher in der EU-Kommission wollten zu den neuen Vorwürfen nicht Stellung nehmen. Sie argumentieren, dass sie einstige Verhandlungspositionen eines Mitgliedslands nicht

kommentieren könnten. Ungeachtet dessen gab es unmittelbar nach der Veröffentlichung des neuen Recherchematerials erste Rücktrittsforderungen an Juncker aus dem Europaparlament. „Juncker sollte den Jahreswechsel für gute Vorsätze nutzen und Europa einen Dienst erweisen: Er muss abtreten“, so der linke EU-Abgeordnete Fabio De Masi.

Der Kommissionspräsident hat freilich bereits 2014 ein Misstrauensvotum des Europaparlaments in dieser Angelegenheit überstanden. Er selbst behauptete damals, die Steuerdeals seien nicht illegal gewesen, er räumte aber ein, sie seien „nicht immer fair“ gewesen.

Seit 2014 bemüht sich die EU-Kommission unter Juncker mit mehreren Vorstößen, der Steuerermeidung großer Unternehmen entgegenzutreten. Diese Maßnahmen treffen auch Luxemburg. Die für Wettbewerb zuständige EU-Kommissarin, Margrethe Vestager, leitete Verfahren gegen Unternehmen wie Fiat oder Apple ein, die dann zur Nachzahlung von Steuern verdonnert wurden.

Neue Gesetzesinitiativen der Kommission zielen auf jene Forderungen ab, die einst am Veto Luxemburgs scheiterten, wie etwa einen verpflichtenden Austausch von Informationen über nationale Steuervereinbarungen. Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 750 Millionen Euro müssen nach

dem Willen der Kommission künftig Erklärungen abgeben, wo sie Gewinne erzielen und wo sie dafür Steuern zahlen.

Neue Enthüllung. Luxemburgs Regierung soll über Jahre hinweg ein gemeinsames Vorgehen in der EU gegen Steuerdeals und Steuervermeidung für große Konzerne sabotiert haben. Das belegen Papiere, die vom britischen „Guardian“ gemeinsam mit einer Gruppe von Investigativjournalisten veröffentlicht wurden. Jean-Claude Juncker war zu dieser Zeit Regierungschef von Luxemburg.

(Quelle: „Die Presse“, Print-Ausgabe, 03.01.2017)

Kommentar

Deutschland im Wahn ...

Sieht man in den letzten Tagen deutsches Fernsehen, klingt es nach einem Land im Ausnahmezustand. Deutschland muss sich vor einer fremden Macht schützen, insbesondere vor einem zwar fernen, doch hinterlistigem und brutalem Führer, so tönt es von allen Organen der Macht.

Von Peter Seraphin, Moskau

Man meint in der Zeit der Mongolenkriege zu leben oder die Türken stehen wieder vor Wien.

Das dies alles Hirngespinnste infantiler Politiker und ihrer recht dummen Medien sind, spricht sich zunehmend rum. Die Reaktion derer dort ‚oben‘ ist desto panischer. So steigert sich schon mal der Führer der Liberalen im Europäischen Parlament, der Holländer Guy Verhofstadt, in echten Wahn, indem er 2017 zum Medienkrieg gegen Putin aufruft. Originalzitat aus Le Monde „2017 müssen wir direkt gegen ihn vorgehen und seine Taktiken vereiteln.“

Die 4000 Panzer rollen ja bereits Richtung Osten durch Deutschland, zusätzlich kommen noch 84 Kampfhubschrauber. Obamas postfaktisches Geschenk für Trump.

Die Paranoia ist nicht nur bei Verhofstadt nicht mehr zu übersehen, der kollektive Wahn greift um sich. Dabei sind die Schamgrenzen bei der Verwendung falscher Zahlen und Behauptungen längst gefallen. So weiss der vorgeblich liberale Dummschwätzer mehr als die amerikanischen Geheimdienste „... das FBI und die CIA kamen zu dem Schluss, dass Russland eine Kampagne [...] geführt hat, die die US-Präsidentenwahl zugunsten von Donald Trump entschieden hat.“ Deutlicher geht es nicht! Dabei hat ge-

rade der nun bald arbeitslose US-Geheimdienstkoordinator Clapper sehr deutlich gesagt „Sie haben keine Zahlentabellen gerändert oder so etwas. Wir haben keine Möglichkeit die Auswirkung auf die Entscheidung der Abstimmenden zu messen“.

Die verlorene Schlacht soll als moralischer Sieg herbeigeredet und der Sieger zum Verlierer erklärt werden – gefühlt versteht sich.

Es geht einzig darum, dass Trump's Wahl als illegitim dargestellt werden soll und aus diesem Grund kann man sich im europäischen Politestablishment getrost gegen ihn und seinen Kumpel Putin stellen. Hm... ..

Wenn dieser fürchterliche Herrscher des Moskoviter Reichs es tatsächlich geschafft haben sollte die US-Wahl zu manipulieren, dann stellt sich allerdings die Frage des Wie. Dieser Frage stellt man sich erst gar nicht, man postuliert. Eine Beweisführung ist nicht notwendig. Das erinnert mich fatal an gewisse geschichtliche Vorgänge, deren Offenkundigkeit keine Beweise erfordern. Ganz ehrlich, ich freue mich auf das erschrockene Aufwachen in der Trump-Präsidentschaft.

Es ist der Kampf gegen tatsächliche und angebliche fake news an allen Fronten eröffnet, wobei interessanterweise gerade die Mainstream-Medien davon betroffen sind – nicht nur gefühlt, sondern faktisch. Immerhin hat das Berliner Landgericht soeben das be-

sonders regierungsnahe Deutschlandradio wegen eines manipulierten Zitats verurteilt. Die von kritischen Bürgern und Journalisten gegründete unabhängige Ständige Programmkommission reklamiert fast täglich fake news der Klebers, Jauchs, Illgners u.a. in den Medien. Davon besonders betroffen natürlich die meinungsbildenden sogenannten Talk- und Politsendungen, aber auch in Sendungen für Kinder. In der sprachlichen und gedanklichen Vereinfachung der Botschaft für den deutschen Nachwuchs wird offen Propaganda geboten, fake news zur besten Sendezeit. Hervorgehoben soll hier noch einmal das gefälschte Statement des damaligen iranischen Präsidenten über die Existenz Israels sein. Der Aufschrei des selbstgerechten Moralistenclique schlug international die beabsichtigten Wellen, die Korrektur und Entschuldigung des Senders bei der iranischen Botschaft wurde kaum wahrgenommen. Ja, so produziert man fake news für die eigene Propaganda, alles andere soll künftig vom Wahrheitsministerium im Bundeskanzleramt abgestraft werden, womöglich die Wahrheit höchstselbst. Die geplanten Strafen sind übrigens, ebenso wie für Steuervergehen, höher als bei vollzogenem Totschlag.

Betrifft der kommende Strafparagraf dann auch die Verbreitung von fake-Bildern? Gerade ist ein ägyptischer Fotograf samt Mannschaft wegen der Produktion der über die Welt verstreut-

ten blutigen Kinderbilder verhaftet worden. Sie waren das willkommene Medienfutter für die Anklagen gegen angebliche russische Kriegsverbrechen in Syrien und wurden ihm förmlich aus der Hand gerissen. Das Muster kennen wir seit über 100 Jahren.

Gerade hat die Washington Post in großer Aufmachung ein Pardestück von fake news von einem angeblich von Russland ausgehenden Angriff auf das US-Stromnetz gefaselt. Dieser war selbstverständlich von Putin persönlich angeordnet. Am nächsten Tag stellte sich heraus, dass es um den privaten Laptop eines Mitarbeiters ging, am darauffolgenden Tag stellte sich die angebliche russische Spy-Sortware als Programm professioneller Pishing-Diebe heraus. Angesichts der hysterischen Aktionen der One-World-Meute bleibt mittlerweile so manchem das Lachen im Halse stecken – Dummheit ist tatsächlich eine Bedrohung von uns allen. In diese Kategorie reiht sich auch der andauernde pauschale Ausschluss russischen Sportler von internationalen Wettkämpfen ein. Die Dopingbehauptungen sind nicht erwiesen und erfolgten auf politischen Druck hin, wie es mittlerweile hochrangige Sportfunktionäre des Westens wiederholt eingeräumt haben.

Doch zurück nach Deutschland, dem christlich bemühten Land der Willkommenskultur und des „Wir schaffen das“. Fake news kommen hier natürlich von den üblichen verdächtigen weißen arbeitslosen Männern, die mitunter auch den russischen Präsidenten Putin lieben, der wiederum sie subtil steuert. Bezüglich des nun glücklicherweise feststehenden nächsten US-Präsidenten Trump weiß man sich zur Zeit nicht so richtig zu verhalten. Da war sich SPD-Steinmeier schon sicherer – Hassprediger eben. Mal sehen wie sich

der westfälische Stiernacken aus dem Dilemma lügt.

Die Panik der unheiligen Allianz aus Politik und Medien hat eine einfache Erklärung und wird das Land in noch sehr turbulente Zeiten führen. Das rot-rot-grüne Personal hat einfach blanke Angst vor dem Verlust der Deutungshoheit, weil gleich Verlust der Macht.

Ob PEGIDA, AfD oder wer auch immer, es ist Endzeitstimmung angesagt bei dem Teil der Bevölkerung, dessen Um-erziehung zu wehrlosen Vollidioten bereits vor einiger Zeit von US-Think-Tanks bedauert wurde. Die anderen mehr oder weniger Deutschen murren stumm und warten darauf, dass der Kadaver der ungeliebten Kanzlerin endlich biologisch verträglich abtritt, sprich sie freiwillig in die ökologisch korrekte Tonne springt. Irrtum Freunde! Das wird sie nicht tun, solange jeder mögliche Nachfolgekandidat weggebissen wird und ihr die Claqueure in der CDU den Rücken stärken. Angesichts der ungewissen Aussichten auf die Pfründe danach bleiben sie lieber bei der Cholera, die Pest könnte schlimmer sein.

Volker Kauder, einer der üblichen Verdächtigen des Politzirkus, darf da schon mal in „Die Welt“ ungeniert ein Ende der Freiheit fordern und gleich bis hin zum Abschalten von Internetseiten und dem Strafrecht faseln. Die grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit interessiert den wütigen Schwaben nicht. In Kauders Geifern reihen sich dann die anderen Politclowns des Bundestages ein. Ihre Statements zu wiederholen beleidigt den gesunden Verstand. Deutschland geht mit großen Schritten in den Orwell'schen Überwachungsstaat, in dem Merkel und Kahane als aktive Mitarbeiter ja ihre ersten Erfahrungen im Denunzieren gesammelt haben. Man merkt die Erfahrung.

Es ist ein widerliches Theater, in das noch geschickt der Aufreger der Mehrwertsteuererhöhung für Milch und Fleisch eingebaut wurde. Die blasierten Angestellten des Gewissensamtes namens Umweltbundesamt sollten demnächst arbeiten lernen, denn das macht frei. Ihre kruden Ideen vom weltklima-beeinflussenden furzenden Kühen lenken doch nur vom systemischen Versagen des Sicherheitsapparates gegen die islamische Flut ab. Wenn die Deutschen wirklich so sind, wie die Medien uns vorgeben, das sie es sind, dann haben sie auch Merkel und Co. verdient.

Wenn sie so nicht sind, wird es Zeit für eine Revolution, in der nicht nur der Paragraph 20 Absatz 4 des Grundgesetzes angewendet wird, sondern auch das Zusatzprotokoll des Lissabonner Vertrages über die Wiedereinführung der Todesstrafe bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung.

Aus sicherem Abstand fordert der ungarische Ministerpräsident eine Revolte gegen die selbstgefällige Politikaste in der Europäischen Union und lässt seine Bevölkerung den treffsicheren Umgang mit der Waffe lernen. Auch Tschechien zieht mit, dort fordert der Innenminister die allgemeine Bewaffnung der Bevölkerung gegen die Bedrohung des Landes durch Terroristen. Ausdrücklich weist er auf das Recht des Bürgers seines Landes hin, Leben, Gesundheit und Eigentum zu verteidigen und für die Sicherheit und territoriale Integrität des Landes beizutragen. Da in Tschechien keine Asylanten aufgenommen werden stellt sich die Frage, gegen wen sich die Bevölkerung bewaffnen soll. Etwa die besoffene Brüsseler Eurokratur-Mannschaft? Für die Würde eigentlich eine Hundertschaft reichen. Oder weiss der Innenminister mehr?

Finanzen

PayPal

PayPal Dreiecksbetrug: Was ist das und wie schützt man sich?

Von Nils Achten

PayPal Dreiecksbetrug: so funktioniert die Masche

Die neue Masche, die über den Bezahl-Dienst PayPal abgewickelt wird, ist gut ausgedacht.

Sie stellen ein Produkt für einen beliebigen Wert (im Beispiel 100 Euro) im Internet ein. Der „Dieb“ kauft Ihren Gegenstand.

Er bekommt Ihre PayPal E-Mail-Adresse übermittelt, um die Zahlung vorzunehmen. Gleichzeitig verkauft er einen anderen Artikel (bspw. ein Handy) für 100 Euro, den er selbst nicht einmal hat.

Eine dritte Person kauft dieses Handy für 100 Euro. Der Dieb übermittelt aber nicht seine PayPal-Adresse zur Bezahlung, sondern gibt Ihre an.

Sie erhalten 100 Euro und wollen den Artikel nun an den Dieb versenden. Die Adresse für den Versand weicht aber von der Adresse ab, die mit der PayPal-Zahlungsbestätigung mitgeteilt wurde. In einem Zwischenschritt fordert der Dieb den Siw auf, die Ware an eine andere, hiervon abweichende Adresse zu verschicken. Das ist auch der Grund warum hier der PayPal-Verkäuferchutz nicht greifen kann.

Nachdem die dritte Person lange auf Ihr Handy gewartet hat und dieses nicht ankam, zieht sie das Geld zurück - Ihr Geld. Da diese unbekannte Person das Handy offenbar nicht bekommen hat, ist sie laut PayPal im Recht und erhält den Betrag dank des Käuferschutzes zurücküberwiesen.

Letztendlich stehen Sie leer da: Der Dieb hat Ihren Gegenstand und nichts dafür bezahlt, die unbekannte Person erhält das Geld zurück.

PayPal-Dreiecksbetrug: so schützen Sie sich

Der PayPal-Dreiecksbetrug ist eine fiese Masche. Wenn Sie jedoch auf ein paar Dinge achten, wird Ihnen so etwas nicht so einfach passieren.

Halten Sie sich ganz genau an die Verkäufer-Richtlinien, um sich abzusichern. In diesem Fall bedeutet das: Der Versand von Ware sollte stets mit Nachweis (Versandbelege) an die Adresse erfolgen, die auch auf der Seite „Transaktionsdetails“ auftaucht.

Wenn Sie vom Käufer aufgefordert werden, an eine abweichende Adresse zu verschicken, sollten Sie misstrauisch werden. Versenden Sie stets an die unter „Transaktionsdetails“ aufge-

führte Adresse und lehnen Sie Aufforderungen ab, Ware an andere Adressen zu schicken.

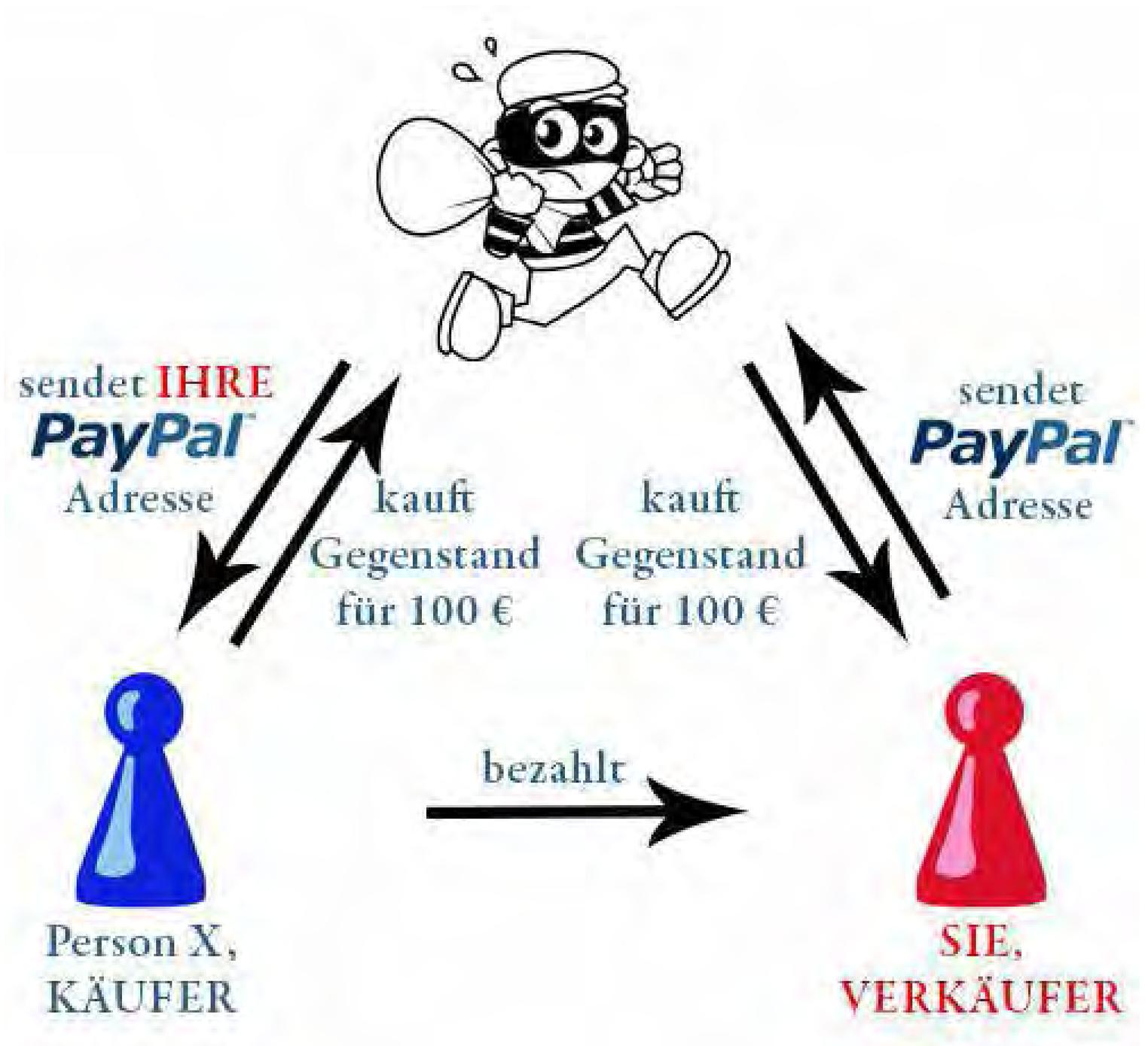
Überprüfen Sie immer sorgfältig die Überweisung Ihres Geldes auf PayPal. Das heißt: Überprüfen Sie vor allem den Verwendungszweck, dass dieser auch zu Ihrem Verkauf passt.

Versenden Sie Ihre verkaufte Ware per Einschreiben und nicht an Packstationen. Auf diese Weise erhalten Sie einen rechtsgültigen Nachweis mit der abgelieferten Adresse und einer Unterschrift. So haben Sie im Zweifelsfall die Adresse und Unterschrift des Betrügers.

Da es nie eine hundertprozentige Garantie gibt, ist der persönliche Austausch „Geld gegen Ware“ natürlich am sichersten.

Kommt Ihnen an der PayPal-Überweisung etwas komisch vor, so melden Sie es umgehend mit Hilfe der PayPal-Konfliktlösungen.

Sollten Sie Opfer dieser Masche geworden sein, stellen Sie auf jeden Fall umgehend Strafanzeige bei der Polizei unter Vorlage der gesamten Kaufabwicklung.



(Quelle Text und Bild. http://praxistipps.chip.de/paypal-dreiecksbetrug-was-ist-das-und-wie-schuetzt-man-sich_32414)

Thema

Fake News

Das neue Handwerkszeug der Regierungen, unliebsame Meinungen zu kriminalisieren

Von Roland Keller/Herausgeber

Fake News gehören nicht erst seit Bismarcks Reptilienfond zu den staatlichen Propagandainstrumenten.

Mit ihm finanzierte der deutsche Kanzler eine Medienkampagne zur Vorbereitung auf den deutsch-französischen Krieg 1871.

Gehen wir etwas zurück, finden wir den Bankier Rothschild, der 1815 mit einer falschen Nachricht an der Londoner Börse das legendäre immense Vermögen der Familie gründete.

Die kleine Lüge Rothschilds schädigte zwar eine Menge Spekulanten, sie war jedoch ein cleveres Manöver, somit durchaus akzeptabel und letztlich bediente sie sich nur am politisch-militärischen Theater.

Die Lügen der Amerikaner über irakische Massenvernichtungswaffen führten zum Tod von Hunderttausenden, sie waren jedoch eindeutig politische Lügen.

Bislang waren politischen Lügen straflos, da kaum eine alternative Meinungsbildung möglich war.

Auch aus diesem Grunde liefen Hunderttausende so begeistert in die Welt-

kriege und blieben zumeist auf den Schlachtfeldern liegen. Wenn sie gewusst hätten ... !

Die Reihe der politischen Lügen ließe sich fortsetzen mit Jugoslawien und vielen anderen Konflikten, ausgeführt von Militärs, vorbereitet durch willfährige politische Lügner. Konsequenzen gab es nur für die Besiegten.

Kriege sind jedoch nur die brutalen Auswüchse politischen Fehlverhaltens, aber auch die Lügen um die Kölner Domplatte hatten keine Konsequenzen, der nordrheinwestfälische Innenminister Jäger darf weiter lügen.

Mit dem massenhaften Gebrauch von Informationen durch das Internet ist allerdings der politische Missbrauch gebrochen, eine zumeist gut informierte Gegenöffentlichkeit hat die Chance zur freien Meinungsbildung.

Selbst immer mehr Senioren verlassen heute die Systemmedien, ‚surfen‘ im Netz und ‚skypen‘ mit den Enkeln.

Kein Wunder, dass den ‚alternativlos‘ gewählten, weil durch einen fein eingespielten Mechanismus gegenseitiger

Vorteilsnahmen verbundenen Apparat, jetzt der Kontrollverlust aufregt.

Eigentlich schäumen sie vor Wut, sind doch ihre Lügen jetzt in aller Öffentlichkeit. Dass diese mitunter auch eigene Fake News produziert, warum auch immer, fällt angesichts der Lügen des Politapparates und der zu Recht so bezeichneten staatlichen Lügenpresse kaum ins Gewicht.

Hastig sollen allerdings die Fake News des Bürgers jetzt durch das Strafgesetz sanktioniert werden, in schweren Fällen vielleicht auch angebracht.

Was aber ist, wenn der Apparat lügt?

Wird dann der Minister verurteilt? Wohl kaum, denn Lügen gehört bekanntlich und auch bekennerhaft oftmals vorgebracht zur Politik.

Eine Gratwanderung der Demokratie, wenn es die denn überhaupt gibt.

Das Strafgesetz ist sicher der falsche Weg. Wie wäre es ausnahmsweise mal mit der Wahrheit!

Thema Fake News

Facebook setzt auf das von Soros und Gates unterstützte International Fact-Checking Network

Schon einmal vom International Fact-Checking Network (IFCN) gehört? Keine Bange, ich kannte diese Organisation bislang auch nicht. Aber zukünftig dürfte dieses IFCN mehr Einfluss auf ihr Leben nehmen, als sie sich heute vorstellen können. Warum? Ganz einfach. Weil das International Fact-Checking Network zukünftig im Auftrag des CIA-Abkömmlings und Data Mining-Unternehmens Facebook sogenannte „Fake News“ ausfiltern, aka zensieren, soll.

Wir wissen, dass die Vorwürfe von „russischer Wahlbeeinflussung und russischen Fake News“ Mittel der Wahl sind, um einen offenen Diskurs zu unterdrücken. Schließlich können es sich weder Politik (und die dahinterstehenden Strippenzieher) noch die Medienschaffenden leisten, dass weiterhin anderslautende Meldungen als die seitens des Establishments gewünschten in „Reichweite“ der Leser, Hörer oder Zuschauer gelangen.

Dass ihnen dabei keinerlei Beweise vorliegen, die ihr Narrativ stützen, bzw. sie diese bislang tunlichst vermieden haben zu präsentieren, stört dabei diese Parteien nicht im Geringsten. Warum auch? Schließlich gilt es die Menschen so zu verängstigen, dass diese

selbst nach einem „Aufpasser und Zensor“ schreien werden, der für sie entscheidet, was nun real oder gefälscht ist. Es ist der Griff nach der ultimativen, gesteuerten Wahrnehmung – sie wollen, dass Sie Ihre Entscheidungen an diese Kräfte abgeben und dass Sie sich Ihre Wahrnehmung und Ihr Denken von ihnen diktieren lassen.

Wie jetzt Facebook erklärt hat, will es das International Fact-Checking Network und andere Drittanbieter einsetzen, um „all die Fake News“ auszusortieren, die sich dort so tummeln. Fast könnte man den Eindruck bekommen, dass das IFCN das Orwellsche Wahrheitsministerium werden könnte. Und ein Blick auf die Financiers hinter dieser Organisation bestätigt letztlich diesen Eindruck. Denn das IFCN erklärt offen, dass es zum Poynter Institute for Media gehört, und dieses wird wiederum von nachfolgenden Größen finanziert:

Poynters IFCN wurde von der Arthur M. Blank Family Foundation, dem Duke Reporters' Lab, der Bill & Melinda Gates Foundation, Google, der National Endowment for Democracy, dem Omidyar Network, den Open Society Foundations und der Park Foundation

unterstützt.

(Poynter's IFCN has received funding from the Arthur M. Blank Family Foundation, the Duke Reporters' Lab, the Bill & Melinda Gates Foundation, Google, the National Endowment for Democracy, the Omidyar Network, the Open Society Foundations and the Park Foundation.)

Und wieder finden wir dort die altbekannten Namen der Internationalisten/Globalisten/Eliten (IGE):

- Google, das die transhumanistische Agenda vorantreibt,
- Bill Gates, der Zwangsimpfungs-, Gentechnikbefürworter, der Common Core- und NWO-Unterstützer,
- George Soros, der Farbenrevolutionär, der Politeinflüsterer, NGO-Guru und Migrantenförderer sowie
- Pierre Omidyar, der derzeitige Besitzer von Paypal, das via Booz Allen Hamilton eng mit dem militärisch-industriellen Komplex verbunden ist.

Man kann sich halt auf die „alten Recken“ verlassen, wenn es darum geht, dass ihre Agenda vorangetrieben wird. Das IFCN arbeitet übrigens nach eigener Aussage nach fünf Prinzipien:

1. [Einer Verpflichtung zur Unparteilich-](#)

keit und Fairness (alle Nachrichten werden dem gleichen Faktencheck unterzogen).

2.

Einer Verpflichtung zur Transparenz der Quellen (die Leser sollen die Möglichkeit haben die Entscheidungen zu verifizieren).

3.

Einer Verpflichtung zur Transparenz bei Finanzierung und Organisation (die Geldgeber werden öffentlich genannt und es findet eine offene Kommunikation mit den Lesern statt).

4.

Eine Verpflichtung zur Transparenz bei der Methodologie (es soll die Methodik der Auswahl, Untersuchung, Einordnung usw. bzgl. der Faktenchecks erklärt werden).

5.

Eine Verpflichtung zu offenen und ehrlichen Korrekturen (es findet eine saubere und transparente Korrektur statt, wenn notwendig).

Facebook ist derzeit in den letzten Abstimmungsgesprächen mit der ICFN. Sie werden damit ABC News und der Washington Post folgen, die bereits mit der Organisation zusammenarbeiten. Witzigerweise war es gerade die Washington Post, die die ersten Meldungen zur bislang unbewiesenen „russischen Fake News-Propaganda“ auftischte.

Wie wir anhand der Unterstützer von Poynter/IFCN erkennen können, dürfte es mit unabhängig nicht allzu weit her sein. Schwer vorstellbar, dass gerade

diese Organisation kritische Nachrichten und Berichte zu Gentechnik, der NWO, Geoengineering oder dem Schuldgeldsystem nicht als Fake News einordnen wird.

Schließlich heißt es: Wer zahlt, schafft an. Vielmehr wird man Äußerungen wie „Gentechnik ist sicher und keine Gefahr für die Menschheit.“ ungeprüft durchwinken. Zudem stellt sich immer bei solchen „Projekten und Organisationen“ die Frage nach der Expertise. Was befähigt diese Leute von IFCN dazu, Einschätzungen zu treffen, was reale und was falsche Nachrichten sind?

Für mich sind solche von den bekannten NWO-Unterstützern abhängige Organisationen nur ein Zeichen dafür, dass wir als alternative Medien auf dem richtigen Weg sind.

Und sie sind Ausdruck dessen, was uns in diesem Jahr bevorsteht: Zensur durch die Hintertür. Seien Sie gewarnt!

Quellen:

- International Fact-Checking Network: New Worldwide Ministry of Truth?
- The 'Fake News' & 'Russian Propaganda' Psyops: Censorship & Information Control in the NWO
- News Feed FYI: Addressing Hoaxes and Fake News
- About the International Fact-Checking Network
- International Fact-Checking Network fact-checkers' code of principles
- The Synthetic Agenda: The Distorted Heart of the New World Order
- Bill Gates Slips Up: "Vaccines Reduce Population Growth"
- Common Core: Surveillance and Sexualization of Children
- Soros Hack: Top 10 Machinations of a Master Manipulator
- NGOs: Choice Tool of Subversion for the New World Order
- <https://www.konjunktion.info/2017/01/fake-news-facebook-setzt-auf-das-von-soros-und-gates-unterstuetzte-international-fact-checking-network/>

1. A COMMITMENT TO NONPARTISANSHIP AND FAIRNESS

We fact-check claims using the same standard for every fact check. We do not concentrate our fact-checking on any one side. We follow the same process for every fact check and let the evidence dictate our conclusions. We do not advocate or take policy positions on the issues we fact-check.

2. A COMMITMENT TO TRANSPARENCY OF SOURCES

We want our readers to be able to verify our findings themselves. We provide all sources in enough detail that readers can replicate our work, except in cases where a source's personal security could be compromised. In such cases, we provide as much detail as possible.

3. A COMMITMENT TO TRANSPARENCY OF FUNDING & ORGANIZATION

We are transparent about our funding sources. If we accept funding from other organizations, we ensure that funders have no influence over the conclusions we reach in our reports. We detail the professional background of all key figures in our organization and explain our organizational structure and legal status. We clearly indicate a way for readers to communicate with us.

4. A COMMITMENT TO TRANSPARENCY OF METHODOLOGY

We explain the methodology we use to select, research, write, edit, publish and correct our fact checks. We encourage readers to send us claims to fact-check and are transparent on why and how we fact-check.

5. A COMMITMENT TO OPEN AND HONEST CORRECTIONS

We publish our corrections policy and follow it scrupulously. We correct clearly and transparently in line with our corrections policy, seeking so far as possible to ensure that readers see the corrected version.

INTERNATIONAL
FACT-CHECKING
NETWORK @ Poynter.



Titelgeschichte

Fake-News sind okay, wenn es um Russland geht...

Im Jahr 2016 hat es sich gut etabliert, dass an den meisten Dingen, die auf der Welt schief laufen, Russland schuld ist. Vergangene Woche jedoch hat die Washington Post beschlossen, das Jahr mit einem großen anti-russischen Knall abzuschließen, der jedoch nur heiße Luft entließ.

Von Danielle Ryan

Die Washington Post (WaPo), die offen danach strebt „das neue Leitmedium“ der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden, veröffentlichte eine Geschichte, in der behauptet wird, dass russische Hacker über einen Versorger in Vermont in das US-Stromnetz eingedrungen sind.

Die Überschrift des Artikels ließ keinen Platz für Mehrdeutigkeiten. „Russische Hacker drangen Behörden zufolge in ein US-Stromnetz ein“. Ziemlich gruselig, nicht wahr? Das einzige Problem daran ist, dass die zentrale Behauptung der Geschichte vollständig erfunden war.

Bitte lesen Sie diesen Artikel:

<https://deutsch.rt.com/international/44975-krise-mainstream-medien-fake-news-verleumdung-alternative-medien/>

In einer Demontage des Artikels für die Tageszeitung The Intercept, klärt Glenn Greenwald die grundlegenden Fakten, was die Journalisten und Redakteure

der WaPo aus irgendwelchen Gründen unterlassen haben: Es gab kein russisches Eindringen in ein US-Stromnetz. Tatsächlich hat überhaupt kein Hackerangriff auf US-Stromnetze stattgefunden.

Der Energieversorger Burlington Electric erhielt eine Standardbenachrichtigung (die an alle Versorgungsunternehmen versandt wurde) über einen Schadcode, der auch im System des Democratic National Committee (DNC) gefunden wurde. Da der DNC bekanntlich auch von den Russen gehackt worden sein soll, lässt sich die angebliche Spur allmählich nachvollziehen.

Burlington Electric suchte dann seine Computer ab und fand den Code in einem Laptop, der nicht an das Stromnetz angeschlossen war. Und das war auch schon alles.

Laut Greenwald erfüllten die Journalisten der Washington Post nicht einmal die grundsätzliche Pflicht, sich mit dem Unternehmen in Verbindung zu setzen, bevor sie ihren panikverbreitenden Artikel veröffentlichten. Damit zwangen

sie das Unternehmen dazu, eine eigene Erklärung abzugeben, in der erläutert wurde, was geschehen war – oder genauer, was nicht geschehen war.

„Medienberichte, denen zufolge Burlington Electric gehackt wurde oder dass das elektrische Netz angegriffen wurde, sind falsch“, gab das Unternehmen auf seiner Website bekannt.

Aber bis dahin war die falsche Geschichte veröffentlicht und kursierte. Andere Medien hatten die Nachrichten bereits entdeckt und enthusiastisch die neuesten Anschuldigungen der bösen russischen Einmischung wiederholt. Politiker machten drastische Aussagen darüber, wie eine Antwort auf solch eine ernsthafte russische Einmischung auszusehen hätte.

Der Gouverneur von Vermont zum Beispiel, gab ein zurückhaltendes und vorsichtiges Statement ab, in dem er den „Vermontern und allen Amerikanern“ riet, sie sollten „alarmiert und empört“ darüber sein, dass einer der „führenden Schurken“, Wladimir Putin, sich in

ihr Stromnetz gehackt hat.

Bitte lesen Sie diesen Artikel:

<https://deutsch.rt.com/international/44975-krise-mainstream-medien-fake-news-verleumdung-alternative-medien/>

Schließlich wurde dem Beitrag eine Korrektur beigefügt – gleich zu Beginn des Artikels. In dem angefügten Absatz heißt es:

„Eine frühere Version dieses Artikels besagte fälschlicherweise, dass russische Hacker in das US-Stromnetz eingedrungen wären. Die Behörden geben an, dass es dafür bisher keine Anzeichen gibt. Der Computer bei Burlington Electric, der gehackt wurde, war nicht mit dem Stromnetz verbunden.“

Das klärt zumindest die Tatsache auf, dass es sich bei der zentralen „Nachricht“ um eine Lüge handelte, die Schlagzeile über dem Artikel sagt jedoch immer noch auf dramatische Weise aus, dass eine „russische Operation“ für den Hack verantwortlich war.

In der Tat gibt es keine Beweise, die darauf schließen lassen, dass eine „russische Operation“ für die Infizierung des Laptops verantwortlich war. Ja, die Schadsoftware war „in Russland hergestellt“, aber das bedeutet nicht, dass „die Russen“ sie verwendet haben.

Schadsoftware kann von jedermann gekauft und verkauft werden. Glenn Greenwald weist darauf hin, dass der Vorwurf, Russen seien in diesem Fall auch die Nutzer dieser Software, der Annahme gleichkommt, es würde sich um einen russischen Mörder handeln, da an einem Tatort eine Kalaschnikow gefunden wurde. Das wäre ein ziemlich unverantwortlicher Vorwurf – aber genau das hat die Washington Post behauptet. Aber wir leben scheinbar in einer Medien-Umgebung, die die Veröffentlichung von jeder Absurdität erlaubt, solange „die Russen“ in der Geschichte die Bösen sind.

Wie kommt es dazu? Wie kann dies so leichtfertig hingenommen werden in einem Medienumfeld, das offensichtlich davon besessen ist, dass „Fake-News“ die Gefahr bergen, die Realität zu verzerren? Die Veröffentlichung von unverschämten Behauptungen über Russland, die sich später als falsch oder nicht beweisbar erweisen, wird für westliche Journalisten zu einer Art Gewohnheit. Das Problem verstärkend kommt hinzu, dass es praktisch keine Strafe gibt, wenn etwas falsch wiedergegeben wird – sei es durch Fahrlässigkeit oder Absicht.

Sobald eine Geschichte erst einmal veröffentlicht ist, gerät sie außer Kontrolle und Tausende von Menschen – hunderte Tausende sogar – glauben sie, bevor die regelverletzende Publikation jemals mit einer dann nutzlosen

Korrektur versehen wird. Genau so verbreiten sich gefälschte Nachrichten – unabhängig davon, wer sie verbreitet.

Es spielt keine Rolle, ob es eine Pro-Trump-Fake-News-Operation ist, die von moldauischen Jugendlichen betrieben wird, oder ob es sich um die Washington Post handelt. Es geschieht auf die gleiche Weise. Der Unterschied ist, dass die Journalisten von der Washington Post einige grundlegende journalistische Standards einhalten sollten.

In diesem Fall hätte ein einfacher Anruf bei Burlington Electric ihnen viel Zeit und Peinlichkeit erspart.

Thema Fake News

Fake-News und Real-News - Löscht Facebook in Deutschland türkeikritische Inhalte?

Von Harald Neuber

Die intransparente Löschraxis von Facebook in Deutschland trifft offenbar zunehmend auch Kritiker der türkischen Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan. Schon zum zweiten Mal binnen weniger Wochen hat Facebook das Konto des Münchener Kommunikationswissenschaftlers und Erdogan-Kritikers Kerem Schamberger gesperrt[1]. Er sei erneut für 30 Tage gesperrt worden, „für einen 2,5 Jahre alten Post, der bereits vor sechs Wochen von Facebook gelöscht worden war und an dem eine Bundestagsabgeordnete und eine führendes Mitglied der griechischen Regierungspartei Syriza beteiligt waren“, so Schamberger. Der Fall wirft die Frage auf, inwieweit der türkisch-kurdische Konflikt die Zensurpraxis von Facebook in Deutschland beeinflusst.

Schamberger war bereits vor gut einhalb Monaten von Facebook gesperrt[2] worden (Telepolis-Interview mit Schamberger[3]). Kurz zuvor hatte er eine Rede des Vizevorsitzenden der Union der Gemeinschaften Kurdistans[4], Cemil Bayik, ins Deutsche übersetzt und gepostet. Er ging dabei auf die Einschätzung der PKK zu den Entwicklungen in der Türkei und ihre Haltung dazu ein. „Es handelte sich um eine reine Übersetzung, ohne Kommentar meinerseits“, so Schamberger damals. Allein, es brachte nichts: Schamberger wurde gesperrt und nach drei Wochen vorzeitig wieder zugelas-

sen, beide Male ohne weitere Begründung.

Das Bild, das nun erneut zur Sperrung führte, zeigt eine Veranstaltung der Europäischen Linkspartei in München im Mai 2014. Dort hatten sich Giorgos Chondros, Führungsmitglied der griechischen Regierungspartei Syriza, die Bundestagsabgeordnete der Linken, Nicole Gohlke, und Aktivisten ihre Solidarität mit dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gezeigt. Das entsprechende Posting habe er Anfang Mai 2014 getätigt, vor rund sechs Wochen sei es gelöscht worden. „Jetzt erhalte ich also wieder eine Nachricht, dass er entfernt wurde, obwohl er ja gar nicht mehr auf Facebook zu finden war“, so Schamberger.

Hinter dem Einzelfall könnte eine generelle Löschraxis von Facebook in Deutschland stehen. Hinweise darauf lieferte unlängst das Magazin der Süddeutschen Zeitung mit einer Recherche[5] zum Online-Dienstleister Arvato, einem Tochterunternehmen der Bertelsmann-Gruppe. Arvato übernimmt im Auftrag von Facebook die Löscharbeit.

Die SZ-Journalisten haben nach einer Recherche in dem Betrieb unter anderem herausgefunden, dass Inhalte mit Bezug zur Türkei von türkischen Mitarbeitern zensiert werden. Zudem würden Inhalte auch gelöscht, wenn sie andere Nutzer als Werbekunden ver-

prellen könnten. Die Türkei liegt weltweit auf Platz 7 der Facebook-Nutzer, Deutschland nur auf Platz 10.

Und: Die „Welt am Sonntag“ hatte bereits Ende August einen Sicherheitspolitiker zitiert[6], nach dessen Angaben der türkische Geheimdienst MIT neben einer großen Zahl hauptamtlicher Agenten bundesweit über ein Netz von 6000 Informanten verfügen soll. Bei Arvato könnten sie für Istanbul einen guten Job tun.

URL dieses Artikels:

<http://www.heise.de/-3585635>

Links in diesem Artikel:

[1] <http://www.kerem-schamberger.de/2016/12/25/wieder-facebook-zensur/>

[2] <http://www.kerem-schamberger.de/2016/11/22/facebook-zensur-geht-weiter-eine-chronologie/>

[3] <https://www.heise.de/tp/features/Ich-bin-fuer-die-Aufloesung-des-Verfassungsschutzes-3496245.html>

[4] https://de.wikipedia.org/wiki/Koma_Civak%C3%AAAn_Kurdistan

[5] <https://www.facebook.com/antifacamptravel.de/posts/776421099175233>

[6] <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157778863/Erdo-gans-Agenten-bedrohen-Tuerken-in-Deutschland.html>

Thema Fake News

Landgericht Berlin verbietet Deutschland-Radio Verbreitung von Falschmeldung

Deutsche Wirtschafts Nachrichten berichtet:

Das Deutschlandradio hat ein Zitat über die Deutschen Wirtschafts Nachrichten gefälscht. Das Landgericht Berlin verbietet dem Sender nun die Verbreitung der „Fake News“.

Der öffentlich-rechtliche Sender Deutschlandradio (Intendant: Willi Steul) hat in seinem Programm eine klassische „Fake News“ fabriziert, offensichtlich, um die DWN zu diffamieren.

In einem über den Sender „D-Radio-Wissen“ ausgestrahlten Beitrag vom 08.12.2016 hat das Deutschlandradio ein Zitat aus dem US-Magazin Vice gefälscht:

Vice hatte im Jahr 2015 in einem Beitrag über die DWN geschrieben:

„Wer gerne dunkle Machenschaften behauptet, ohne sie irgendwie belegen zu können, ist kein Nachrichtenportal, sondern ein Blog für Verschwörungstheoretiker“.

Aus diesem Zitat wurde vom Deutschlandradio in besagtem Beitrag plötzlich

als Beschreibung der DWN gemacht:

„Das ist eine Seite, die Matern Boeseler mal als Blog für rechte Verschwörungstheoretiker“ bezeichnet hat.“

Es wurde also kurzerhand das Wort „rechte“ in das wörtliche Zitat eingefügt.

Das Deutschlandradio hat nie mit einem Verantwortlichen der DWN gesprochen, um sich eine eigene Meinung über die DWN zu bilden.

Im Impressum der DWN ist klar ersichtlich, für welche Prinzipien die zum schwedischen Bonnier-Verlag gehörenden DWN stehen.

Der Sender hat die Fälschung nach anwaltlicher Aufforderung der DWN zwar korrigiert und sich für das „Versehen“ entschuldigt.

Der Aufforderung zur Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung wollte der Sender jedoch nicht nachkommen.

Daher haben die DWN eine einstweilige Verfügung beim Landgericht Berlin erwirkt, mit der dem Sender unter Andro-

hung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000,00 Euro untersagt wird, die Falschmeldung weiter zu verbreiten.

Die DWN gehen gegen jede Art der Diffamierung vor. Die Fälschung eines Zitats ist ein besonders grober Verstoß gegen die journalistische Sorgfaltspflicht.

Es ist bedauerlich, dass Gelder aus den Rundfunkgebühren zur Produktion von „Fake News“ verwendet werden.

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/12/29/landgericht-berlin-verbietet-deutschlandradio-verbreitung-von-falschmeldung/?nlid=eae8057b61>

Thema Fake News

Die Washington-Post-Liste: Der Krieg des Westens gegen die Wahrheit

Von Dr. Paul Craig Roberts

Der „Krieg gegen den Terror“ ist simultan auch mit einem Krieg gegen die Wahrheitsfindung einhergegangen. Nach fünfzehn Jahren – beginnend bei 9/11 über „Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen“ und dessen „al-Qaida-Verbindungen“ bis hin zu „iranischen Atomwaffen“, „Assads Einsatz von Chemiewaffen“, schier endlosen Lügen über Gadaffi sowie eine „russische Invasion in der Ukraine“ – halten es die Regierungen der so genannten westlichen Demokratien für unabdingbar, sich in immer größeren Lügenverstrickungen zu verhaspeln, um deren politische Agenden durchzusetzen.

Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem westliche Regierungen den Versuch unternehmen, jene, die hartnäckig unter der Oberfläche an der Aufdeckung der Wahrheit arbeiten, zu diskreditieren, weil sie sich als Herausforderung erweisen und die Lügen und Propaganda dieser Regierungen ans Tageslicht bringen.

Russische Nachrichtenseiten, die als Übermittler von „Fake News“ gebrandmarkt werden, sehen sich einem An-

griff durch die EU und westlichen Konzernmedienprostituierten ausgesetzt. Den Anordnungen ihrer Washingtoner Herren gehorchend, hat die EU eine Resolution gegen russische Medienbetreiber verabschiedet, die sich der durch Washington vorgegebenen Linie nicht unterwerfen.

Russlands Staatspräsident Putin teilte mit, dass die Resolution „sichtbares Zeichen in Bezug auf die Degradierung des Demokratiegedankens in westlichen Gesellschaften ist“. George Orwell sagte einst einmal voraus, dass das Aussprechen der Wahrheit durch „demokratische“ Regierungen des Westens irgendwann einmal als feindlicher Akt angesehen werde.

Eine brandneue Webseite namens propornot.com, die gerade erst das Licht der Welt erblickt hat, verteufelt in einer eigens aufgestellten Liste 200 Internet-Webseiten, die Nachrichten und Ansichten verbreiten, die sich nicht in Einklang mit jenen Ansichten der Medienprostituierten befinden, die sich gänzlich unverblümt einer Umsetzung von westlichen Regierungsagenden angedient haben.

Wird propornot.com durch die CIA, den Think Tank National Endowment for Democracy oder George Soros finanziert? Ich bin stolz darauf sagen zu können, dass meine eigene Seite paulcraigroberts.org sich ebenfalls auf dieser Liste befindet. Was wir jetzt beobachten, ist eine Übernahme von Methoden des zionistischen Israels durch westliche Regierungen, um den eigenen Kritikern entgegenzutreten. Jedermann, der die aggressive Gangart gegenüber den Palästinensern und deren inhumane Behandlung durch Israel anprangert, wird als „anti-semitisch“ gebrandmarkt.

Jene, die sich im Westen gegen die mörderischen und rücksichtslosen Politleitlinien von Regierungsoffiziellen aussprechen, werden nun als „russische Agenten“ verteufelt. Der designierte Präsident der Vereinigten Staaten wird selbst als „russischer Agent“ bezeichnet. Doch dieses Modell einer Redefinierung der Wahrheitssuchenden als Propagandisten hat sich bereits als Bumerang erwiesen.

Die Bemühungen, Wahrheitssuchende öffentlich zu diskreditieren, hat stattdessen einen Katalog von Webseiten

hervorgebracht, unter dessen Mitgliedern sich verlässliche Informationen finden lassen. Seit Veröffentlichung der oben verlinkten Liste sind die Leserzahlen der entsprechenden Webseiten explodiert.

Darüber hinaus zeigen die Bemühungen zur Diskreditierung von Wahrheitssuchenden, dass westliche Regierungen und deren Medienprostituierte sowohl mit Blick auf die Wahrheit als auch in Bezug auf unterschiedliche Sichtweisen blind, taub und intolerant sind.

Vielmehr wird deutlich, dass eine kleine Gruppe die Menschen dazu zwingen will, die der Umsetzung von Agenden der westlichen Regierungen dienlichen Lügen als Wahrheit zu akzeptieren.

Deutlich wird, dass weder westliche Regierungen noch westliche Mainstream-Medien auch nur einen Fitzel Respekt für die Wahrheit aufbringen. Wie lässt sich der Westen im Angesicht dieser Tatsache noch als „demokratisch“ bezeichnen?

Die Washington Post spielte erneut eine tragende Rolle in den durch Washington aufgestellten Behauptungen, laut denen sich die alternativen Medien aus russischen Agenten zusammensetzten.

Craig Timberg, der weder sonderlich integer noch intelligent zu sein scheint, erweist sich für die Washington Post als jener Narr, der die falschen Behauptungen

in die Welt gesetzt hat.

Laut Timberg hätten zwei „unabhängige Analytenteams“ – von denen bislang keines namentlich genannt wurde – herausgefunden, dass die Russen unter anderem die Leichtgläubigkeit von

- CounterPunch
- Professor Michel Chossudovsky von Global Research,
- Ron Paul
- Lew Rockwell
- Justin Raimondo

von mir selbst und jene von 194 anderen Webseitenbetreibern zu ihren Gunsten ausgenutzt hätten, um einen „aufrührerischen Präsidentschaftskandidaten“ (Trump) „ins Weiße Haus zu befördern“.

Lassen Sie sich die Titulierung Trumps auf der Zunge zergehen – „aufrührerischer beziehungsweise rebellischer Präsidentschaftskandidat“.

Das sagt eigentlich alles.

Sie können in diesem verlinkten Bericht nachlesen, was die Washington Post unter einer „verlässlichen Nachrichtenberichterstattung“ versteht.

Lesen Sie dazu auch diesen Bericht.

Glenn Greenwald von The Intercept, der sich einer Aufnahme auf besagte „Liste der 200“ aus ungeklärten Gründen entziehen konnte, holt in diesem Bericht gegen Craig Timberg und die Washington Post aus.

Westlichen Regierungen gehen die Ausreden aus.

Seit dem Clinton-Regime hat das Begehen von schweren Kriegsverbrechen durch westliche Regierungen in deren kumulierten Anzahl die durch Nazi-Deutschland begangenen Kriegsverbrechen übertrumpft. Millionen von Muslimen sind in sieben souveränen Staaten abgeschlachtet und aus ihrer Heimat vertrieben worden.

Nicht ein einziger westlicher Kriegsverbrecher ist bislang für seine Taten zur Verantwortung gezogen worden. Die verachtenswerte Washington Post erweist sich seit Langem als eine der größten Fürsprecherinnen dieser Kriegsverbrecher.

Auch der Rest der westlichen Print- und Fernsehmedien sieht sich derart verwickelt in die schlimmsten Kriegsverbrechen in der Menschheitsgeschichte, dass – falls Gerechtigkeit die Protagonisten jemals einholen wird – sich auch die Betreiber der Mainstream-Medien neben den Clintons, George W. Bush, Dick Cheney, Obama und deren neokonservativen Hintermännern eines Tages vor Gericht werden verantworten müssen.

Gastbeitrag für CK*Wirtschaftsfacts /
© 2016 Dr. Paul Craig Roberts /
Institute for Political Economy

<http://www.cashkurs.com/kategorie/wirtschaftsfacts/beitrag/die-washington-post-liste-der-krieg-des-westens-gegen-die-wahrheit/>

Thema Fake News

Die „Fake News“-Hysterie und der neue „vormundschaftliche Staat“

Weil das deutsche Establishment die Deutungshoheit über Nachrichten und Informationen bereits weitestgehend verloren hat, wollen Politiker jetzt einen Straftatbestand für sogenannte „Desinformation“ im Internet einführen.

Was harmlos klingt, ist in Wirklichkeit der nächste große Schritt Richtung totalitärer Merkel-Diktatur. Was „Desinformation“ nämlich konkret bedeutet soll nicht genauer definiert werden. Im Klartext heißt das: Das Verfassen, Publizieren und Weiterverbreiten von unliebsamen Wahrheiten steht zukünftig unter Strafe und kann für Jedermann im Gefängnis enden.

Von Paul Schreyer

Weil das deutsche Establishment die Deutungshoheit über Nachrichten und Informationen bereits weitestgehend verloren hat, wollen Politiker jetzt einen Straftatbestand für sogenannte „Desinformation“ im Internet einführen.

Was harmlos klingt, ist in Wirklichkeit der nächste große Schritt Richtung totalitärer Merkel-Diktatur. Was „Desinformation“ nämlich konkret bedeutet soll nicht genauer definiert werden. Im Klartext heißt das: Das Verfassen, Publizieren und Weiterverbreiten von unliebsamen Wahrheiten steht zukünftig unter Strafe und kann für Jedermann im Gefängnis enden.

Eine wissenschaftliche Studie habe russische Propaganda-Kampagne nun belegt – so berichtete es jedenfalls die Washington Post. Und viele, sehr viele Journalisten übernahmen diese Darstellung. Der stellvertretende ZDF-Chefredakteur Elmar Theveßen verbreitete den Text auf Twitter. Das Problem dabei: Der Artikel und die ihm zugrunde

liegende Studie sind so unsauber und fragwürdig, dass sie selbst schon die Kriterien für „Fake News“ erfüllen.

Die Geschichte könnte eine Satire sein, so überspitzt, ja überdreht hört sie sich an. Dabei ist ihr Kern eigentlich unstrittig und beschreibt ein Problem der Medien insgesamt: Immer mehr Nachrichten werden von Journalisten ungeprüft weiterverbreitet. Was immer in das eigene Raster passt, die eigenen Vorurteile bestätigt, das wird – nicht nur von Lesern, sondern eben auch von Zeitungsredakteuren – begierig aufgegriffen und geteilt. Die Gesellschaft trennt sich mehr und mehr in verschiedene Filterblasen, die separat wachsen und sich voneinander entfernen. Es entstehen Weltbilder, so unterschiedlich und unversöhnlich, dass ein sinnvoller Austausch zwischen den Lagern immer unmöglicher wird. Helfen würde ein Innehalten, Reflektieren und Hinterfragen der eigenen Position, doch das scheint nur den Wenigsten zu gelingen – gerade auch im medialen Mainstream, wo die Feindbilder von Trump bis Putin mittlerweile so klar und in Stein gemei-

belt erscheinen, wie zuletzt zur Zeit des Senators Joseph McCarthy.

Nervosität und Panik sind offenbar der neue Grundzustand. Viele Medienschaffende sehen sich als „das Gute“ wollende Aufklärer, oder doch zumindest als Menschen, die mit aller Macht eine drohende Katastrophe abwenden möchten. Immer lauter rufen sie gegen den Sturm an, der aus der gegnerischen Filterblase – oder überhaupt von außen – zu ihnen dringt. In der FAZ beschrieb es ein kluger Kommentator am Wochenende so:

„Es muss konsequent auf die absolute Richtigkeit der eigenen Ansichten gesetzt werden, denn alles andere hilft nur der Finsternis. Und es muss mehr davon werden, es muss besser erklärt werden, die eigene Richtigkeit soll überall stehen und allen verfügbar sein. Die Medien hatten die richtige Einstellung, die Medien sind die Wahrer des Lichts, nichts ist falsch an den Medien, und wenn man noch mehr sagt, werden es alle hören und richtig finden. Weil: Aufklärung! Ich habe hier einige Klassiker der Aufklärung im Original, und die

lesen sich sehr viel ambivalenter und charmanter. Das mag daran liegen, dass Diderot, Voltaire und viele andere gerade einer Epoche entkommen wollten, in der es nur eine einzige, absolut wahre Wahrheit gab, nämlich die katholische Kirche, die mit allen Mitteln radikal durchgesetzt wurde: Voltaire musste selbst noch erleben, dass ein Leser seines philosophischen Wörterbuchs hingerichtet wurde. Ich möchte die modernen Autoren mit ihrem absoluten Wahrheitsanspruch nicht in der Tradition dieser Aufklärung verorten.“

Vor diesem Hintergrund bildet der eingangs erwähnte Artikel in der Washington Post einen neuen Höhepunkt von „Aufklärung“, die sich von derjenigen Propaganda, welche sie kritisiert, selbst kaum unterscheidet. In dem Beitrag wird behauptet, dass eine Flut von „Fake News“ in US-Onlinemedien gezielt durch Russland koordiniert worden sei und Moskau damit die Präsidentschaftswahl zugunsten von Donald Trump beeinflusst habe.

An dieser Einschätzung sind zunächst zwei Dinge problematisch. Zum einen liefert die Washington Post keinerlei konkrete Beweise für eine tatsächliche Steuerung von „Fake News“ durch Russland. Die Kernaussage bleibt eine Spekulation. Zum anderen ist unklar, ob mit dem Begriff „Fake News“ in diesem Zusammenhang ausschließlich Lügen und Manipulationen gemeint sind, oder ob auch Kritik an Hillary Clinton und an einem Konfrontationskurs gegenüber Russland darunter fallen.

Worauf stützt sich nun die Washington Post? Zitiert wird im Artikel vor allem eine Studie „unabhängiger Forscher“ einer bislang in der Öffentlichkeit nicht bekannten Gruppe namens „PropOrNot“ (Propaganda or not). Diese „Forscher“ treten nicht mit Namen auf, sondern bleiben vollständig anonym, um, so die Washington Post, „den Heerscharen russischer Hacker kein Ziel zu bieten“. Die Studie selbst war zum Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels zudem nicht öffentlich publiziert. Der Artikel erschien am Donnerstag letzter Woche, die Studie wurde erst am Samstag online gestellt. Somit konnte bei Erscheinen des Artikels kein Journalist außerhalb der Washington Post die Informationen selbst überprüfen. Jeder, der zeitnah darüber schrieb, war darauf angewiesen, der Washington Post in ihrem Urteil zu vertrauen. Dieses Vertrauen erwies sich als Fehler. Denn die Studie der anonymen Autoren ist, wie sich nun nach der Veröffentlichung zeigt, nicht einfach nur handwerklich schlecht, partiisch oder fehlerhaft, sondern von seriöser Forschung ungefähr so weit entfernt, wie ein Grafiti von einer Diplomarbeit.

„PropOrNot“ hat selbst auch gar nichts „erforscht“ sondern im Kern lediglich eine Liste aus 200 vermeintlichen „Fake News“-Webseiten zusammengestellt. Diese Liste nun, und das ist die eigentliche Pointe, umfasst nahezu das gesamte alternative Nachrichtenspektrum der USA – von links bis libertär und konservativ. Alle 200 genannten Web-

seiten, darunter so populäre wie Counterpunch, Zero Hedge, Truthout und Wikileaks sind, so die Washington Post, sämtlich Verbreiter „russischer Propaganda“. Das ist in dieser Pauschalisierung ebenso lächerlich, wie maßlos und wird durch die anonymen „Forscher“ auch durch nichts weiter belegt. Der Gruppe geht es erkennbar vor allem um das Erstellen und Verbreiten dieser Liste mit auszugrenzenden Alternativmedien. Mehr oder weniger alles außerhalb der Leitmedien ist demnach „Lüge“ und „Propaganda“. „PropOrNot“ stellt dabei klar, dass nicht alle 200 Webseiten zwingend durch Russland gesteuert würden, viele seien einfach „nützliche Idioten“ für Moskau, die ihre eigene Instrumentalisierung gar nicht bemerkten. Durch diese Rhetorik entzieht sich die Gruppe von vornherein einer aufwändigen Beweisführung.

Die Gruppe versucht dabei nicht nur, alternative Medien pauschal als unseriös auszugrenzen, sondern sie hat auch eine sehr konkrete außenpolitische Agenda. So heißt es auf ihrer Webseite, Russland solle umgehend „für mindestens ein Jahr vom internationalen Finanztransaktionssystem SWIFT abgeschnitten“ werden, als „angemessene Reaktion auf die russische Manipulation der Wahl“.

Der Autor des Artikels in der Washington Post, Craig Timberg, wie auch die Zeitung insgesamt, waren zuvor bereits durch ähnlich „gründlich“ recherchierte

Texte in Zusammenhang mit Russland und der US-Wahl aufgefallen. So veröffentlichte man dort im August einen Beitrag, der in der Überschrift markig verkündete, dass „russische Hacker“ Wahlcomputer in Arizona „ins Visier genommen“ hätten. Im Artikel selbst wurde diese Behauptung dann allerdings nicht belegt, dort hieß es stattdessen bloß: „FBI-Ermittler legten sich nicht fest, ob die Hacker Kriminelle waren oder von der russischen Regierung beauftragt wurden.“ An diesen Artikel knüpfte Craig Timberg an, der schon am nächsten Tag verkündete, „wie russische Hacker tatsächlich eine US-Wahl kippen könnten“ und dabei darauf verwies, das man inzwischen ja schon über das „russische Eindringen in Wahlcomputer“ berichtet habe. Dass es sich dabei lediglich um Vermutungen ohne Beleg handelte, kam nicht mehr vor. Genau so, darf man sagen, entstehen „Fake News“.

Timberg selbst bleibt zu seinen aktuellen „Enthüllungen“ im Nachhinein schmallippig und beantwortete kritische Fragen der Kollegen des Online-mediums „The Intercept“ nur mit einem ebenso kurzen wie hilflosen: „Tut mir leid, ich kann Artikel, die ich für die Post geschrieben habe, nicht kommentieren.“

Das Ganze wäre in seiner Absurdität eigentlich zum Lachen, wenn nicht so viele einflussreiche Journalisten und Politiker das groteske Theater tatsächlich für bare Münze nehmen würden

und ihr Handeln danach ausrichteten. Wenn CDU-Fraktionschef Volker Kauder aktuell in einem Gastbeitrag in der WELT wütend fordert, dass mit „Freiheit Schluss“ sei, „wenn das Netz weiter lügt“, dass an „Rechtsverschärfungen kein Weg vorbei“ führe und man auch diskutieren müsse, ob Facebook und Co. „nicht mehr tun müssen, um das Netz nicht nur von rechtswidrigen Inhalten frei zu halten, sondern von Lügen generell gerade in der politischen Debatte“ – dann wird es seltsam. Wenn Facebook tatsächlich bald nicht mehr nur strafrechtlich relevante Äußerungen aller seiner Nutzer löschen soll, sondern auch deren „Lügen“ – dann ist klar, dass es dazu einer zentralen Instanz bedarf, die in allen Fragen entscheidet, was „Wahrheit“ ist. Da wären wir dann direkt bei George Orwell und dem „Wahrheitsministerium“ aus seinem Roman „1984“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich in ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag in der vergangenen Woche vorsichtiger, aber in ähnlicher Richtung. Es gebe heute Medien, „die weniger kontrolliert sind“, womit man sich „auseinandersetzen“ müsse, nicht zuletzt aus „Sorge um Stabilität“. Der Geist des „vormundschaftlichen Staates“ – eine Parole der DDR-Bürgerrechtsbewegung von 1989 – ist offenbar wieder da. Dazu passt auch die aktuelle Ankündigung des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius, man brauche in Deutschland für Journalisten einen neuen „offiziellen

Presseausweis“, der Behörden garantiere, „einen professionellen Berichterstatter vor sich zu haben“. Der neue Ausweis solle „von anerkannten Stellen“ vergeben werden.

Der CSU-Politiker Stephan Mayer fordert inzwischen einen Straftatbestand für Desinformationskampagnen im Internet. Dafür fehle die rechtliche Grundlage für eine Strafverfolgung, sagte Mayer dem „Tagesspiegel“. Mayer, Sprecher der Arbeitsgruppe Inneres der Unionsfraktion, erklärte:

„Damit müssen wir uns dringend auseinandersetzen und einen entsprechenden Straftatbestand schaffen.“

Es geht, soviel ist klar, um Deutungshoheit. Die Etablierten wollen selbst, ohne Störungen durch andere, entscheiden, was Wahrheit ist und wer ein Journalist. Da sie sich dazu offenbar selbst in immer stärkerem Maße der Propaganda bedienen, schwindet ihre Glaubwürdigkeit weiter, was wiederum den Druck erhöht, die öffentliche Meinung „unter Kontrolle“ zu halten. Es entsteht ein Teufelskreis, eine wahnhafte, gespenstische Inszenierung, in deren derzeitigem Akt die Chefpropagandisten selbst sich zu Kämpfern für die reine Wahrheit stilisieren. Das Publikum wird für diese Aufführung kaum Beifall spenden.

Quelle: <http://www.anonymousnews.ru/2016/12/12/die-fake-news-hysterie-und-der-neue-vormundschaftliche-staat/>

Klartext von Michael Grandt



Trump zu CNN: „Sie sind Fake-News!“

1. Pressekonferenz: Der neue US-Präsident kanzelt einen „Lügen-Sender“ ab und spricht noch mehr Klartext als im Wahlkampf!

Die erste Pressekonferenz des designierten neuen US-Präsidenten Donald John Trump dauerte fast 90 Minuten.

Lesen Sie mal, was heute so alles negatives darüber in den Mainstreammedien steht oder sehen Sie sich die Mainstreamnachrichten an!

Im Gegensatz zu dem, wie man das im deutschen Mainstream darstellen will, hatte Trump eine Strategie über alle Bereiche hinweg: Wirtschaft, Handel, Innen- und Außenpolitik. Er behielt bei der anschließenden Fragerunde die Ruhe und beantwortete die vielen Fragen, die die Journalisten wild durcheinander riefen, einzeln nacheinander. Meines Eindrucks nach, verhielt sich Trump sehr souverän und kämpferisch. Hier drei von vielen Beispielen:

1. „Lügenpresse“:

Klasse-Trump: Als ein CNN-Reporter eine Frage stellen wollte, fiel er ihm ins Wort: „Ich beantworte Ihnen keine Fragen! Sie sind Fake-News!“ Gelächter

und vereinzelt Klatschen im Presseraum.

So muss man mit Lügenjournalisten umgehen! Nur SO lernen Sie (vielleicht)

...

2. „Mexiko“:

Immer wieder wurde Trump vorgeworfen, er würde LÜGEN. Bestes Beispiel: Im Wahlkampf hatte er versprochen eine Mauer zu Mexiko zu bauen, um Millionen illegale Einwanderer abzuhalten.

In den letzten Wochen wurde ihm vorgeworfen, dass er dies nicht einhalten würde, er also gelogen hätte. Trump äußerte sich mit Klartext zu dieser Frage:

„Es wird kein Zaun sein, sondern eine Mauer! Eine Mauer! Und Mexiko wird dafür bezahlen, das habe ich so versprochen. Ob dies über Steuern oder eine Zahlung geschehen wird, ist noch offen.“

3. „Obamacare“:

Wie ist Kriegspräsident und Friedensnobelpreisträger Barack Hussein Obama hierzulande von den Gutmenschen dafür gefeiert worden, dass Millionen „armer“ US-Bürger nun auch eine Krankenversicherung abschließen können. Und das, obwohl die meisten Amerikaner dies ablehnen, weil sie das für „sozialistisch“ halten!

Doch was hierzulande von den Gutmenschen und von der Lückenpresse weitgehend verschwiegen wurde, brachte Trump nun auf's Tapet:

„Obamacare ist eine Katastrophe! In manchen Staaten sind die Beiträge bis zu 100 Prozent teurer geworden! Wir hätten das auch so laufen lassen können und uns ruhig zurücklehnen können, aber das tun wir nicht.“

Sogar die ZEIT schreibt (Hervorhebungen durch mich):

„Ärzte behandeln die Obamacare-Patienten nur ungern. Wenn sich Therapien, Diagnosemethoden oder Verschreibungen vermeiden lassen, werden sie auch vermieden. Auf Termine bei Spezialisten wartet man Monate. Und wenn man dann endlich dran kommt, trägt man einen Großteil der Kosten oft trotzdem noch selbst (...) Mehr als 75 Prozent der Versicherungen, die auf diesem Markt angeboten werden, schreiben Verluste. Die Versicherungsbranche verlor 2014 etwa 2,7 Milliarden Dollar durch die Obamacare-Policen, 2015 war die Summe beinahe doppelt so groß. Für das kommende Jahr haben viele Versicherer den Ausstieg angekündigt. Andere erwägen dramatische Prämien erhöhungen von bis zu 60 Prozent.“

SO sieht nämlich die GANZE Wahrheit über das hierzulande so orgiastisch gefeierte Obamacare aus!

Dann wiederholte Trump sein einfaches Credo, um das hoch verschuldete Land mit vielen Millionen Arbeitslosen wieder auf Vordermann zu bringen:

1. Amerikaner sollen amerikanische Produkte kaufen.
2. Amerikaner sollen Amerikaner einstellen.

Mein Fazit:

Von diesem Präsidenten können wir noch viel erwarten. Er ist jedenfalls ein Mann, der sich FÜR sein Land EINSETZT und nicht vor lauter Betroffenheit auf der ganzen Welt nur Geld verteilt.

Homepage des Autors:

www.michaelgrandt.de

<http://www.michaelgrandt.de/blog/>

Peter Huber

(Richter am Bundesverfassungsgericht)

„Die Nationalstaaten sind der wichtigste politische und kulturelle Bezugsrahmen für die Menschen, sie sind die ‚Herren der Verträge‘, und ohne sie funktioniert die EU nicht. ... Meinungsfreiheit kann mitunter persönlichen Mut erfordern, wenn man sich mit seiner Meinungsäußerung der ‚herrschenden‘ öffentlichen Meinung in Widerspruch setzt.

**Wie man an dem aus dem Vormärz stammenden Liede
‚Die Gedanken sind frei‘**

erkennen kann, hat es das schon immer gegeben.

**Es ändert aber nichts daran, dass auch unter dem Grundgesetz
die Inanspruchnahme der Meinungsfreiheit ein Akt der Zivilcourage sein kann.“**

(FAZ, 02.01.2016, S. 6)

USA

Aktuell weltweit kein einziger US-Flugzeugträger unterwegs

Weltweit wird bedingt durch die derzeitigen Umstände für die Dauer etwa einer Woche sogar kein einziger US-Flugzeugträger die Meere durchkreuzen.

Nach hunderten Einsätzen gegen den so genannten Islamischen Staat im Mittelmeer und dem Nahen Osten kehrte die Dwight D. Eisenhower am 30. Dezember nach Norfolk im US-Bundesstaat Virginia zurück.

Der Flugzeugträger soll durch den USS George H. W. Bush ersetzt werden, doch nach Angaben von US-Medien könne dies bis zu zwei Monate dauern.

Entsprechend besorgt zeigen sich nun Repräsentanten der US-Armee, da diese zeitliche Lücke nun ausgerechnet zu einer Zeit entstehe, in der die Vereinigten Staaten mit einer Vielzahl potenzieller Bedrohungen konfrontiert wäre. Zu diesen würden Russland, China, Nordkorea, der Iran und der IS gehören.

Auch sei die Terrorgefahr in etlichen Regionen der Welt aufgrund verschiedener Faktoren hoch, so etwa in Europa, dem Nahen Osten und Nordamerika. Zu den Gründen für diese hohe Terrorgefahr zählten dabei etwa die „schwindende Stärke des IS“ und „eine natürliche Tendenz, eine neue US-Regierung auf die Probe zu stellen“.

Grund für die von der Mehrheit der „internationalen Gemeinschaft“ wohl eher positiv aufgenommene Atempause auf hoher See sind zeitliche Rückstände bei der Instandsetzung der USS Geor-

ge H. W. Bush, die sich auf etwa sechs Monate belaufen. Die Gründe für diese aus Sicht der USA sehr unbefriedigende Situation reichen von schlechter Planung über nicht vorhergesehene Arbeiten bis hin zum Mangel an qualifiziertem Personal im Norfolk-Marinehafen aufgrund von Stellenstreichungen und fehlender Finanzierung.

Doch nicht nur die George H. W. Bush sah sich mit derlei Unannehmlichkeiten konfrontiert. „Chronische Probleme“ in den vier Häfen der US-Navy hatten bereits zu zeitlichen Verzögerungen bei den jüngsten Instandsetzungen von US-Flugzeugträgern geführt. Die Dwight D. Eisenhower selbst verpasste im Jahr 2015 ihren fristgerechten Einsatz aufgrund von Problemen im Marinehafen und bei der Überholung des Flugzeugträgers. Daher musste sie für eine Übergangsperiode durch die Harry S. Truman ersetzt werden.

Nach Angaben weiterer US-Medien führen Budget-Kürzungen des Kongresses in Milliardenhöhe bereits seit dem Jahr 2011 regelmäßig zu Engpässen bei der Marine. Dies habe seinen Teil zu der Tatsache beigetragen, dass das US-Militär aktuell über keinen im Einsatz befindlichen Flugzeugträger verfügt. Außerhalb der Gewässer des Nahen Ostens werde es noch etwa eine Woche dauern, bis wieder ein US-Flug-

zeugträger die Meere befährt. Somit befindet sich vermutlich zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg kein US-Flugzeugträger außerhalb des heimischen Hoheitsgebiets im Einsatz.

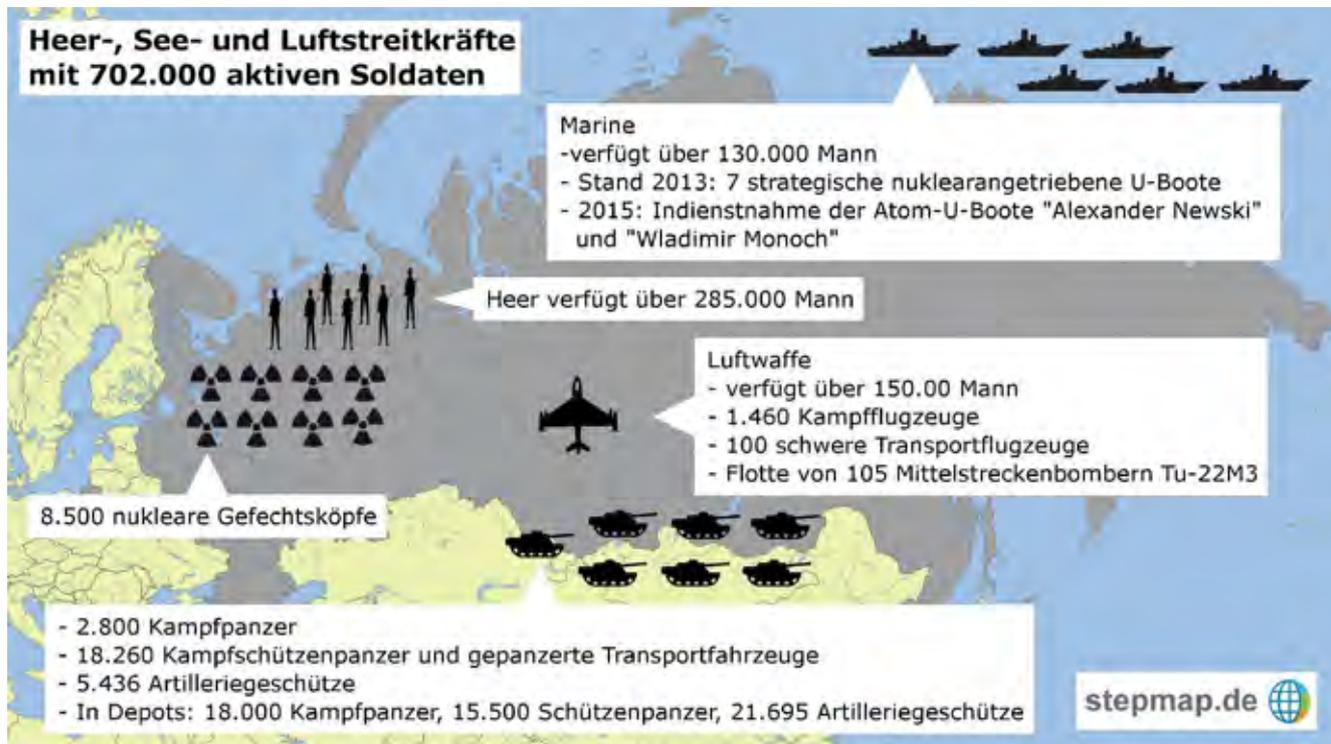
Die Vereinigten Staaten lassen die Gewässer des Nahen Ostens jedoch nicht gänzlich verwaizen. So befindet sich derzeit etwa ein Kampfplanungsschiff mit tausenden „Marines“ an Bord im Einsatz, um gegebenenfalls auf „Krisen“ zu reagieren. Das amphibische Kampfschiff ist zudem auch mit Helikoptern und Kampffjets bestückt.

Am 8. August 2014 führte die USS George W. Bush die ersten Luftschläge gegen den IS im Norden des Irak durch. Nach etwa zweieinhalb Jahren kehrt der Flugzeugträger in Kürze an seine alte Wirkungsstätte zurück, um den Einsatz gegen den IS wiederaufzunehmen. James McCall, Kommandeur des Begleitschiffes Air Wing 8 und verantwortlich für die Kampffjets an Bord des Flugzeugträgers, mahnt jedoch:

Dies bedeutet aber nicht, dass dieser Einsatz in drei oder sechs Monaten noch die Priorität unseres Landes sein wird. Daher müssen wir darauf vorbereitet sein, Einsätze überall und zu jeder Zeit durchzuführen.

Russland

Rüstung, Heer, See und Luftstreitkräfte



Von Karl Rudloff

Präsident Donald Trump machen Sie Frieden mit Russland!

Bei einem Krieg werden auch die Nato-Staaten zu Schutt und Asche zerfallen, und zum ersten Mal werden auch Amerikaner erleben, was es heißt, in anderen Ländern Krieg zu spielen. Dann werden sie mit ansehen, wie ihre Städte durch A-Bomben vernichtet werden und wie Hunderttausende Zivilisten sterben.

Die Streitkräfte Russlands gliedern sich in Heer-, See- und Luftstreitkräfte mit insgesamt 702.000 aktiven Soldaten. Darunter finden sich 220.000 Offiziere, 186.000 Berufssoldaten und 295.710 Wehrpflichtige.

Ab 2017 soll die Truppe wachsen.

Geplant sind 915.000 Soldaten. Laut des „Global Firepower Index“ stehen fast 2,5 Millionen Reservisten bereit.

Das Heer: Das Heer selbst verfügt über 285.000 Mann. Der eigentliche Kampfverband des Heeres - die Brigade - besteht aus 2.700 Mann. Insgesamt hat Russland über 79 einsatzbereite

Kampfbrigaden. Hinsichtlich der technischen Ausstattung ist Russland bestens ausgerüstet: Es kann mit 2.800 Kampfpanzern, 18.260 Kampfschützenpanzern und gepanzerten Transportfahrzeugen sowie 5.436 Artilleriegeschützen aufwarten. Zudem befinden sich 18.000 Kampfpanzer, 15.500 Schützenpanzer, 21.695 Artilleriegeschütze in den Depots.

Russische Luftwaffe: Die Luftwaffe verfügt über 150.000 Soldaten. Sie soll auf 1.460 Kampfflugzeuge, 100 schwere Transportflugzeuge und eine Flotte von 105 Mittelstreckenbombern Tu-22M3 zurückgreifen können.

Russische Marine: Zur Marine gehören 130.000 Seeleute, vier Flotten und eine Flottille. Im Arsenal befinden sich nuklearangetriebene U-Boote mit Marschflugkörpern (SSGN) und nuklearangetriebene Jagd-U-Boote (SSG) sowie dieselektrische Jagd-U-Boote (SSN).

Zu Russlands Militär gehört auch die sogenannte Nuklearstrategische Triade. Zu ihr gehören die strategischen

Raketenstreitkräfte, die strategischen nuklearangetriebenen U-Boote mit ballistischen Flugkörpern sowie die Bomberverbände der Langstreckenluftwaffe. Im Arsenal befinden sich insgesamt 8.500 nukleare Gefechtsköpfe.

Verteidigungsminister Sergej Schoigu zufolge befinden sich 95 Prozent des strategischen Nukleararsenals der Atommacht in ständiger Kampfbereitschaft. Im laufenden Jahr habe die Armee bereits 35 neue ballistische Raketen und 1.172 moderne Panzer sowie Kurzstreckenraketen vom Typ Iskander erhalten, sagte Schoigu.

Daneben hätten die Rüstungsbetriebe dem Militär zehn strategische Tupolew-Bomber mit interkontinentaler Reichweite übergeben - darunter die Tu-160, die als weltweit größtes Kampfflugzeug gilt. Nach Angaben des Ministers wurden auch die Atom-U-Boote „Alexander Newski“ und „Wladimir Monomach“ in Dienst gestellt.

(Quelle: Internet. Facedook)

Paul Schreyer

WER REGIERT DAS GELD?

Banken, Demokratie
und Täuschung

WESTEND

Eine Reise
ins Zentrum
der Macht

Literaturempfehlung

Paul Schreyer – Wer regiert das Geld?

Banken, Demokratie und Täuschung

Westendverlag ISBN 978-3-86489-125-0

Schreyer ist mit seiner Beschreibung des Geld- und Bankensystems ein exzellenter Wurf gelungen. Selten ist in so klarer logischer Weise das System des globalen Geldwesens erzählt worden. Wer da glaubte, die unheilige Allianz zwischen Geld, Banken und Politik verstanden zu haben, nach Schreyers hervorragendem Sachbuch wird dies so sein. Ohne komplizierte Sprachkonstruktionen oder eitle Autorenwindungen erklärt er sachlich logisch Schritt für Schritt das System in dem wir leben, arbeiten und zahlen. Letzteres fällt einem nach Lektüre noch schwerer als zuvor, hat man doch verstanden, in was für einer korrupt konstruierten Welt wir leben.

Der Ausflug in die Geschichte des Goldes und der amerikanischen FED ist leider unvollständig, nimmt aber dem Buch nicht das Prädikat. (hp)



Roland Keller, Herausgeber.
presse@basler-liberale-nachrichten.ch



Gotthard Frick, Freier Mitarbeiter
Sicherheit und Militär



Dr. A. Roger Hoeren, Bangkok/Thl
Mitherausgeber
roger@basler-liberale-nachrichten.ch



Dr. Thierry Meissan, Damaskus/Syrien
Freier Mitarbeiter
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch



Prof. Dr. Hans Geiger,
Banken und Wirtschaft
hansgeiger@bluewin.ch



Martin Weber,
Lektorat.
martin@basler-liberale-nachrichten.ch



Osman H. Gilani, Peshawar
Freier Mitarbeiter
Pakistan, Indien, Iran.
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch

Nützliche Links

Presse:

<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.dw.com/de/themen/s-9077>
<http://www.sueddeutsche.de>
<http://www.klartext.ch/>
<http://www.epochtimes.de>
<http://www.rolandtichy.de>
<http://www.frank-schaeffler.de>
<http://unser-mittleuropa.com>
<http://www.neue-impulse-verlag.de/marxistischeblaetter.html>
<http://www.neues-deutschland.de>
<http://www.osservatoreromano.va/de>
<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.tachles.ch>
<http://www.jpost.com> Jerusalempost
<http://www.juedische-allgemeine.de>
<http://www.zeit.de/index>
<http://www.eva-herman.net>

Handel:

<http://www.handelsblatt.com>
<http://www.mmnews.de>

Parlamente:

<https://www.admin.ch/gov/de/start.html>
<http://www.bundestag.de>
<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Technik:

<http://www.pcmag.com/article2/0,2817,2416920,00.asp>
<https://www.apple.com/chde/retail/freiestrasse/>

Militär:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-fuer-verteidigung-bevoelkerungsschutz-sport-vbs.html>
<http://www.asmz.ch>
<http://www.schweizer-soldat.ch>
http://www.vtg.admin.ch/internet/vtg/de/home/dokumentation/publik_zeitschr/military_power_revue.html
<http://www.deagel.com>
<http://offiziere.ch>

Internet:

<http://www.wieistmeineip.ch>
<https://www.youtube.com/?hl=de&gl=DE>

Diverses:

<https://www.pinterest.com>
<http://de.gatestoneinstitute.org>

Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ sind parteilos und keiner politischen Partei verpflichtet.

Es ist das Ziel der „Basler Liberale Nachrichten“, Meinungen aus jeder Denkrichtung zu Wort kommen zu lassen.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ ist ein Vertreter einer liberalen und pluralen Meinungsvielfalt.

Die Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder, aber nicht notwendigerweise die der Redaktion der „Basler Liberalen Nachrichten“.

Rechtshinweise:

„Basler Liberale Nachrichten“ (BLN) ist ein freies Presseorgan in Form einer persönlichen an den Adressaten gerichteten Email und gibt Nachrichten weiter im Sinne gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention:

Artikel 10, Freiheit der Meinungsäusserung. Abschnitt 1 – Rechte und Freiheiten (Art.2 – 18 Auszug) Publiziert: 04.11 1950.

(1)

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk, Fernseh oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

(2)

Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.

2)

Die „Basler Liberale Nachrichten“ übernimmt keinerlei Verantwortung für den Inhalt der „Basler Liberale Nachrichten“. Die Weiterleitung des Webmagazins an Personen die nicht im Abonnementverbund sind, ist nicht gestattet. Die Verwendung von Inhalten oder Teilen ist ausschliesslich an den Abonnenten der „Basler Liberale Nachrichten“ gerichtet und darf nicht weitergeleitet werden.

3)

Die „Basler Liberalen Nachrichten“ übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Seiten. Externe Links sind als solche gekennzeichnet und verweisen auf Urheberrechte Dritter. Jegliche Haftung ist ausgeschlossen.

4)

Urheberrechte

Die Webseiten, Layout und Logo der „Basler Liberalen Nachrichten“ sind urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, die Verwendung von Abbildungen,

die elektronische Verbreitung, und die Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und die Speicherung in Datenverarbeitungsmedien, bleiben vorbehalten.

Erweiterte Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Datenschutz

Wenn Sie mittels EMail oder Onlineformular Kontakt mit „BaslerLiberaleNachrichten“ aufnehmen möchten, sollten Sie wissen, daß Ihre persönlichen Daten (Name, Mailadresse), zur Kommunikation mit Ihnen elektronisch gespeichert werden.

Diese Daten werden grundsätzlich vertraulich behandelt, keinesfalls an Dritte verkauft oder vermietet.

Eine Übermittlung an Dritte erfolgt nur mit Ihrer Einwilligung, insbesondere soweit die Übermittlung zur Erbringung von Ihnen in Anspruch genommener Dienste erforderlich ist.

Mit der Nutzung dieser Website und der Abgabe Ihrer persönlichen Daten per EMail oder Onlineformular geben Sie Ihre Einwilligung zu der hier beschriebenen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten. Sie können diese Einwilligung jederzeit widerrufen und auch die Löschung Ihrer Daten verlangen.

Haftungsausschluß:

1. Inhalt des Onlineangebotes

Der Autor übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Autor, die sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, welche durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden sind grundsätzlich ausgeschlossen. Alle Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Der Autor behält es sich ausdrücklich vor, Teile der Seiten oder das gesamte Angebot ohne gesonderte Ankündigung zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder die Veröffentlichung zeitweise oder endgültig einzustellen.

2. Verweise und Links

Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Autoren liegen, distanziert sich der Autor hiermit ausdrücklich von sämtlichen Inhalten, die auf diesen Seiten veröffentlicht werden. Diese Feststellung gilt gleichermaßen auch für Fremdeinträge in vom Autor eingerichteten Gästebüchern, Diskussionsforen und Mailinglisten.

3. Urheberrecht

Der Autor ist bestrebt, in allen Publikationen die Urheberrechte der verwendeten Grafiken, Tondokumente und Texte zu beachten, von ihm selbst erstellte Grafiken, Tondokumente und Texte zu nutzen oder auf lizenzfreie Grafiken, Tondokumente und Texte zurückzugreifen. Sollte sich auf den Seiten dieser Website dennoch eine ungekennzeichnete, aber durch fremdes Urheberrecht geschützte Grafik, Tondokument oder Text befinden, so konnte das Urheberrecht vom Autor nicht festgestellt werden. Im Falle einer solchen unbeabsichtigten Urheberrechtsverletzung wird der Autor das entsprechende Objekt nach Benachrichtigung aus seiner Publikation entfernen oder mit dem entsprechenden Urheberrecht kenntlich machen.

Das Urheberrecht für veröffentlichte, vom Autor selbst erstellte Objekte bleibt allein beim Autor der Seiten. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Grafiken, Tondokumente oder Texte in

anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

4. Rechtswirksamkeit dieses Haftungsausschlusses

Dieser Haftungsausschluss ist als Teil des Internetangebotes zu betrachten, von dem aus auf diese Seite verwiesen wurde. Sofern Teile oder einzelne Formulierungen dieses Textes der geltenden Rechtslage nicht, nicht mehr oder nicht vollständig entsprechen sollten, bleiben die übrigen Teile des Dokumentes in ihrem Inhalt und ihrer Gültigkeit davon unberührt.

Auf alle Rechtsbeziehungen aus dem Vertrag zwischen der Betreiberin des Magazins und Website und dem Nutzer sowie diesen AGB ist Schweizerisches Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des UNKaufrechts anwendbar.

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Basel als der Sitz der Betreiberin des Magazins und Website. Die Verhandlungssprache ist ausschliesslich Deutsch.

Die Betreiberin des Magazins und Website, kann allerdings Klagen gegen den Nutzer auch an dessen Sitz oder Wohnsitz anhängig machen.

Basel, den 3. Januar 201216

Erweiterte Nutzungsbedingungen Basler Liberale Nachrichten

Alle unsere Artikel, an denen wir die notwendigen Rechte verfügen, das heisst, alle ausser Agenturmeldungen und sowie Gastbeiträgen, dürfen Sie kostenlos kopieren und auf Ihrer Website oder in einem anderen Medium publizieren.

Bitte beachten Sie folgende Punkte:

Die Artikel unterliegen der Creative Commons BYNCND 3.0 CH Lizenz und sind entsprechend gekennzeichnet. Ohne Kennzeichnung, darf der Artikel nicht weiterverwertet werden.

Artikel dürfen nicht bearbeitet werden und müssen – sofern der Artikel online publiziert wird – inklusive aller darin enthaltenen Links publiziert werden.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ muss als Quelle genannt und – wenn der Artikel online publiziert wird – auf den Originalartikel verlinkt werden.

Autorenzeile muss lauten:

Name des Autors: xxx,

Quelle: „Basler Liberale Nachrichten“.

Bilder und Grafiken dürfen verwendet werden.

Nicht zugelassen:

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht systematisch oder automatisiert kopiert werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht für politische, religiöse, rassistische Kampagnen oder in Werbekampagnen eingesetzt werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel kommerzielle Nutzung nur in Absprache mit:
blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel darf nicht im Zusammenhang mit entsprechender themenbezogener Werbung eingesetzt werden.

Bitte kontaktieren Sie:

blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

BLN 11. August 2016

Das Copyright dieser und der Folgeseiten liegt, wenn nicht anders vermerkt, bei den
„**Basler Liberalen Nachrichten**“,
Roland Keller, CH4001Basel / SCHWEIZ

Die Beiträge stellen ausschließlich die Meinungen der Verfasser bzw. Verfasserinnen dar.

Die Meinung muss nicht zwangsläufig diejenige der Redaktion wiedergeben.

License: CC BY 3.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Sie dürfen:

Teilen – das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

Bearbeiten – das Material remixen, verändern und darauf aufbauen und zwar für beliebige Zwecke, sogar kommerziell.

Der Lizenzgeber kann diese Freiheiten nicht widerrufen solange Sie sich an die Lizenzbedingungen halten.

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung – Sie müssen angemessene Urheber und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.

Hinweise:

Sie müssen sich nicht an diese Lizenz halten hinsichtlich solcher Teile des Materials, die gemeinfrei sind, oder soweit Ihre Nutzungshandlungen durch Ausnahmen und Schranken des Urheberrechts gedeckt sind.

Es werden keine Garantien gegeben und auch keine Gewähr geleistet.

Die Lizenz verschafft Ihnen möglicherweise nicht alle Erlaubnisse, die Sie für die jeweilige Nutzung brauchen. Es können beispielsweise andere Rechte wie Persönlichkeits- und Datenschutzrechte zu beachten sein, die Ihre Nutzung des Materials entsprechend beschränken.

Haftungshinweis

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen.